

JAHRES- BERICHT 2023/2024

**INFRASTRUKTUR-
FÖRDERPROGRAMM
STADTTEILZENTREN**



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Vorwort der Senatorin	3
Zusammenfassung (Executive Summary)	5
Das IFP STZ: Grundlagen und Rahmen	9
Selbstverständnis und Leitbild	9
Förderrahmen	9
Finanzierung	14
Akteure und Zusammenarbeit	16
Richtwerte als neues Planungsinstrument	18
Die Handlungsfelder des Fachbereichs IFP STZ	20
Stadtteilzentren	20
Selbsthilfekontaktstellen	33
Mobile Stadtteilarbeit	37
Gesamtstädtische Projekte	43
Vertiefung	50
Wirkungsorientierte Berichterstattung	51
Richtwerte für Stadtteilzentren: Ein neues Planungsinstrument für die soziale Infrastruktur	56
Von der Coronakrise in die Polykrise - Wie Stadtteilzentren Nachbarschaften stärken	60
Vom Netzwerk der Wärme zur Verankerung von Ernährungsthemen und niedrigschwelliger Begegnung in den Projekten	62
Projektimmobilien: Herausforderungen und Strategien	64
Verbesserung der Sichtbarkeit und des Zugangs zu Informationen	65
Fazit und Ausblick	68
Fazit	68
Ergänzende Einschätzung der LIGA Berlin	72
Anhang	74
1. Finanztabelle (IFP STZ)	74

2. Neue Standorte.....	74
Standards der Berichterstattung	75
Impressum	77

Einleitung

Vorwort der Senatorin

Liebe Berlinerinnen und Berliner,
liebe Mitarbeitende und Engagierte in den Einrichtungen und Projekten,

der Jahresbericht 2023/2024 des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren zeigt eindrucksvoll, wie lebendig, vielfältig und solidarisch die Berliner Stadtteilarbeit ist. In einer Zeit, die von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen geprägt ist, leisten Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Stadt.

Berlin wächst – und mit ihm wachsen die Anforderungen an soziale Teilhabe, Integration und Nachbarschaft. Ob Unterstützung von Familien, Projekte für Seniorinnen und Senioren, Demokratieförderung oder Stärkung des freiwilligen Engagements: Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen sind Orte gelebter Demokratie und bieten unverzichtbare soziale Infrastruktur. Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe und sind gesamtstädtisch und diskriminierungsfrei für alle Menschen nutzbar.

Ich danke allen haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die mit ihrem Engagement dazu beitragen, dass unsere Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen Orte des Vertrauens, der Offenheit und der Solidarität bleiben. Ihr Einsatz verbindet Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Lebenslagen – und schafft Räume, in denen Vielfalt nicht trennt, sondern verbindet.

Der Jahresbericht dokumentiert nicht nur die Erfolge der Jahre 2023 und 2024, sondern auch, wo wir als Land Berlin weiter investieren und unterstützen müssen: in barrierefreie Zugänge, stabile Finanzierung, Digitalisierung und die Stärkung lokaler Netzwerke. Diese Aufgaben werden uns auch in den kommenden Jahren begleiten.

Als Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung ist es mir ein besonderes Anliegen, dass die Berliner Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen weiterhin gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit haben. Sie sind

lebendige Räume, die Berlin menschlich machen. Sie sind Orte, an denen unser gesellschaftliches Miteinander konkret spürbar wird – und das verdient Anerkennung und Förderung.

Allen Beteiligten danke ich herzlich für ihren Beitrag zu diesem Bericht und vor allem für ihr tägliches Engagement im Kiez. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Berlin auch künftig eine Stadt bleibt, in der Nachbarschaft zählt.

Mit herzlichen Grüßen

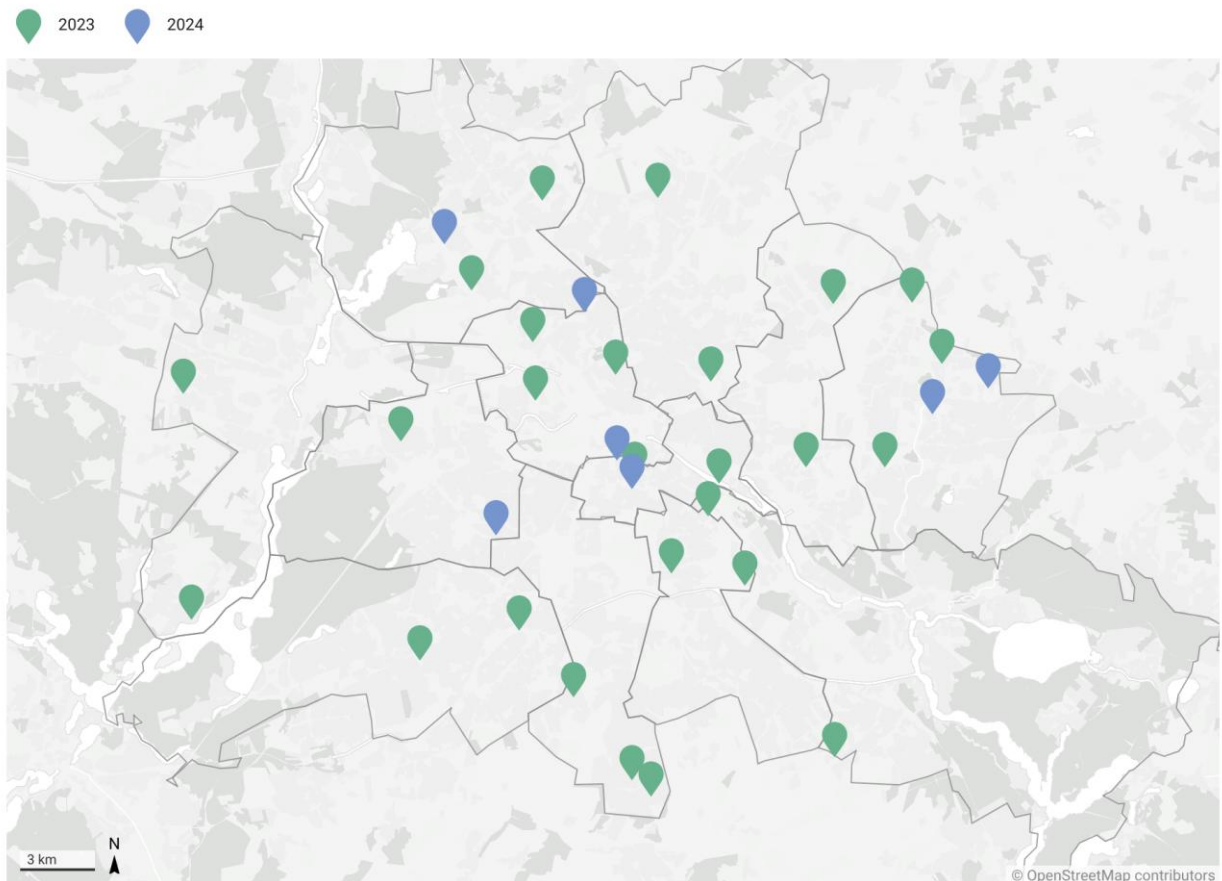
Cansel Kiziltepe

Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Zusammenfassung (Executive Summary)

Die Jahre 2023 und 2024 stehen im Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) für ein deutliches Wachstum. Durch die Aufstockung des Programmtitels und die Unterstützung aus EFRE-Mitteln konnten zahlreiche neue Standorte eröffnet und bestehende Angebote weiterentwickelt werden. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 27 neue Standorte und im Jahr 2024 sieben weitere Standorte in das Programm aufgenommen, ergänzt durch 36 Teams der Mobilen Stadtteilarbeit (MOST), die vor Ort gezielt auf die Bedürfnisse der Kieze eingehen.

Neu eröffnete Stadtteilzentren* im Jahr 2023 und 2024



* Standorte die von SenASGIVA durch das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren oder EFRE III gefördert werden. Es handelt sich um Standorte und nicht um Projekte, Stadtteilzentrenprojekte können mehrere Standorte haben.

Grafik: SenASGIVA III E • Quelle: SenASGIVA • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 1: Neu eröffnete Stadtteilzentren im Jahr 2023 und 2024. [Liste aller Standorte siehe Anhang. Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Die Sicherung geeigneter Immobilien stellt eine wachsende Herausforderung für Stadtteilzentren dar: Während ältere Einrichtungen häufig günstige Mietverträge oder

landeseigene Räume nutzen, müssen neue Standorte zunehmend Marktpreise zahlen und sind oft nicht Teil des öffentlichen Fachvermögens, was sie anfällig für Eigentümerwechsel und unklare Mietperspektiven macht. Gleichzeitig reicht die vorhandene Fläche oft nicht aus, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

EFRE-Fördermittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) fließen insbesondere in den Neuaufbau sozialer Infrastruktur im Rahmen des Programms „Stadtteilzentren III“ (2023-2029) und ermöglichen durch Mehrfachnutzung die Bündelung verschiedener sozialer Angebote unter einem Dach – etwa Stadtteilzentrum, Kita oder Jugendfreizeiteinrichtung. Dadurch lassen sich Ressourcen effizienter einsetzen, Kooperationen fördern und lebendige Orte schaffen, die unterschiedliche Zielgruppen verbinden.

Temporäre Standorte und Zwischennutzungen ermöglichen den frühzeitigen Einstieg in die Kieze, erhöhen aber organisatorischen Aufwand und erfordern flexible Abläufe. Die steigenden Neubau- und Mietkosten belasten Programm und Träger gleichzeitig, da Projektfördermittel sowohl für Personal als auch Mieten eingesetzt werden. Um die Leistungen dauerhaft aufrechtzuerhalten, sind daher kontinuierliche Budgetaufstockungen, strategische Planung und innovative Nutzungskonzepte unverzichtbar.

→ Mehr dazu: [Kapitel „Projektimmobilien“](#)

Parallel dazu hat der Berliner Senat im September 2023 erstmals verbindliche Richtwerte für Stadtteilzentren beschlossen. Diese geben an, wie viel Nutzfläche pro Einwohner*in in den Bezirksregionen für Einrichtungen der Stadtteilarbeit vorgesehen werden soll und schaffen damit eine verlässliche Planungsgrundlage für soziale Infrastruktur. Die Richtwerte liegen zwischen 10 und 15 m² pro 1.000 Einwohner*innen, abhängig vom Einrichtungstyp und der Lage in den Handlungsräumen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI). Damit können die Bezirke die Versorgung mit Stadtteilzentren systematisch erfassen, bedarfsgerecht planen und die Einrichtungen in die Sozialen Infrastruktur-Konzepte (SIKo) einbinden.

→ Mehr dazu: [Kapitel „Richtwerte für Stadtteilzentren“](#)

Ein weiterer zentraler Baustein ist das Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit (LP MOST), das ab 2024 die Erfahrungen des zuvor auslaufenden ESF-Instruments zur Unterstützung der Krisenbewältigung aufgreift und fortführt. Das LP MOST stellt die Anschlussfinanzierung sicher und ermöglicht es den mobilen Teams, weiterhin gezielt in benachteiligten

Nachbarschaften zu arbeiten. Die Teams sind in den Stadtteilzentren verankert, nutzen deren Infrastruktur und Netzwerke und erreichen Menschen, die sonst keinen Zugang zu herkömmlichen Angeboten haben. Ziel ist die Förderung sozialer Integration, Teilhabe und Gemeinschaftsbildung in Kiezen, die von sozialer Isolation oder Krisen besonders betroffen sind. Während die mobilen Teams temporäre, flexible Interventionen umsetzen, bleiben die Stadtteilzentren als dauerhafte, niedrigschwellige Anlaufstellen bestehen und sichern die nachhaltige Wirkung der Angebote.

→ Mehr dazu: Kapitel „Mobile Stadtteilarbeit“

Neben der infrastrukturellen Stärkung entstehen auch inhaltlich deutliche Entwicklungen: Die Stadtteilzentren in Berlin stehen weiterhin vor komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen – Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Isolation, psychische Belastungen, wachsende finanzielle Unsicherheit und gesellschaftliche Spannungen prägen die Lebensrealität vieler Berlinerinnen. Selbsthilfekontaktstellen berichten von einem merklichen Anstieg psychosozialer Themen*, insbesondere belastende Lebenssituationen und Ängste, die nach der Pandemie verstärkt auftraten.

→ Mehr dazu: Kapitel „Von der Coronakrise in die Polykrise“

Im Kontext andauernder Krisen haben Projekte wie das „Netzwerk der Wärme“ (2022–2023) gezeigt, wie flexibel Stadtteilzentren auf akute Krisen reagieren und daraus dauerhafte, verlässliche Strukturen schaffen können. Gemeinschaftliches Kochen, Lebensmittelsicherung und niedrigschwellige Begegnungsangebote fördern seitdem Eigeninitiative, solidarisches Handeln und soziale Vernetzung in der Nachbarschaft. Viele dieser Angebote bestehen inzwischen dauerhaft und wirken generationen- und kulturübergreifend – vom Foodsharing-Kühlschrank über Kochgruppen bis hin zu Ernährungsworkshops.

→ Mehr dazu: Kapitel „Netzwerk der Wärme“

Zugleich übernehmen die Stadtteilzentren eine doppelte Rolle: Sie sind sowohl Anlaufstellen für direkte Hilfe als auch Orte der Stärkung demokratischer Werte, interkultureller Begegnung und gesellschaftlicher Teilhabe. Niedrigschwellige Formate, Beratung, Austausch und Lernangebote ermöglichen es Nachbar*innen, gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, Konflikte zu bearbeiten und aktive Teilhabe im Kiez zu entfalten. Die Wirkungen der Stadtteilzentren lassen sich dabei entlang vier zentraler Dimensionen beschreiben: Eigeninitiative, Ankommen, Gemeinschaft und Anker im Kiez. Stadtteilzentren ermöglichen Eigeninitiative, indem Nachbar*innen eigene Projekte starten

und Verantwortung übernehmen. Sie bieten sichere Räume zum Ankommen für Menschen nach Migration oder einschneidenden Lebensveränderungen und unterstützen Integration durch Sprachcafés, Beratung und persönliche Begleitung. Gleichzeitig stiften sie Gemeinschaft durch generationen- und kulturübergreifende Begegnungen und wirken als Anker im Kiez, der Stabilität, Orientierung und soziale Teilhabe vermittelt.

→ Mehr dazu: Kapitel „Wirkung“

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass Stadtteilzentren weit mehr als ein soziales Angebot sind: Sie wirken als Motor und Katalysator – sie treiben soziale Integration, Teilhabe und Nachbarschaftszusammenhalt aktiv an und schaffen zugleich Strukturen, in denen Nachbar*innen eigeninitiativ handeln können. Die Kombination aus wachsenden Netzwerken an Standorten, mobilen Teams, EFRE-Fördermitteln und klaren Richtwerten sichert die dauerhafte Verankerung der Einrichtungen, schafft gleichzeitig Räume für soziale Teilhabe, Gemeinschaft und Eigeninitiative und ermöglicht die Umsetzung wirkungsorientierter Angebote vor Ort. Stadtteilzentren fungieren als verlässliche Anker im Kiez, übersetzen politische Programme in konkrete Angebote, stärken das Zusammenleben und fördern Krisenresilienz – flexibel, präventiv und nachhaltig.

Das IFP STZ: Grundlagen und Rahmen

Selbstverständnis und Leitbild

Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen verstehen sich als parteipolitisch und konfessionell unabhängige Orte der Nachbarschaft – offen für alle Menschen, generationenübergreifend und dauerhaft im Kiez verankert. Ihre Arbeit ist inklusiv und dialogisch ausgerichtet: Sie unterstützen Selbstorganisation, fördern freiwilliges Engagement und stärken demokratische Werte und zivilgesellschaftliches Handeln im Sozialraum. Sie richten sich an alle Nachbar*innen – ob als Besucher*innen, Selbsthilfegruppen, bürgerschaftlich Engagierte oder als Initiativen und Träger, die im Sozialraum wirken. Als gemeinnützige Träger übernehmen sie damit Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Ergänzt werden sie durch die Mobile Stadtteilarbeit, die über das Landesprogramm MOST gefördert wird und Menschen erreicht, die feste Einrichtungen nicht aufsuchen. Dieses Selbstverständnis ist in den Rahmenbedingungen für Stadtteilzentren 2026–2030 und den Rahmenbedingungen für Selbsthilfekontaktstellen 2026–2030 festgeschrieben.

Weiterführende Informationen:

- [Vertragsunterlagen des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren](https://www.berlin.de/sen/soziales/buergerschaftliches-engagement/stadtteilzentren/infrastrukturfoerderprogramm/#headline_1_19)
(https://www.berlin.de/sen/soziales/buergerschaftliches-engagement/stadtteilzentren/infrastrukturfoerderprogramm/#headline_1_19)

Förderrahmen

Die folgenden Programme und Instrumente bilden den Rahmen für die Arbeit des Fachbereichs IFP STZ in der SenASGIVA. Übergeordnetes Dach ist der Rahmenfördervertrag (RFV), den das Land Berlin mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände abschließt und Planungssicherheit über fünf Jahre schafft. Innerhalb dieses Rahmens wirken mehrere Instrumente mit unterschiedlichen rechtlichen und finanziellen Grundlagen eng zusammen: Das IFP STZ bildet den Kern und finanziert aus Landesmitteln die Basisförderung der Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen sowie gesamtstädtischer Projekte – darunter die qualitative Begleitung durch Fachverbände sowie Projekte wie „Stadtteilzentren inklusiv!“. Das Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit (LP MOST) wird als eigenständiges

Landesprogramm geführt, ist aber eng mit den Stadtteilzentren verzahnt. EFRE-Mittel kommen zweckgebunden für den Aufbau sozialer Infrastruktur hinzu. Dieser Bericht bildet die Arbeit des gesamten Fachbereichs ab und weist dort, wo es relevant ist, auf die jeweilige Finanzierungsgrundlage hin.

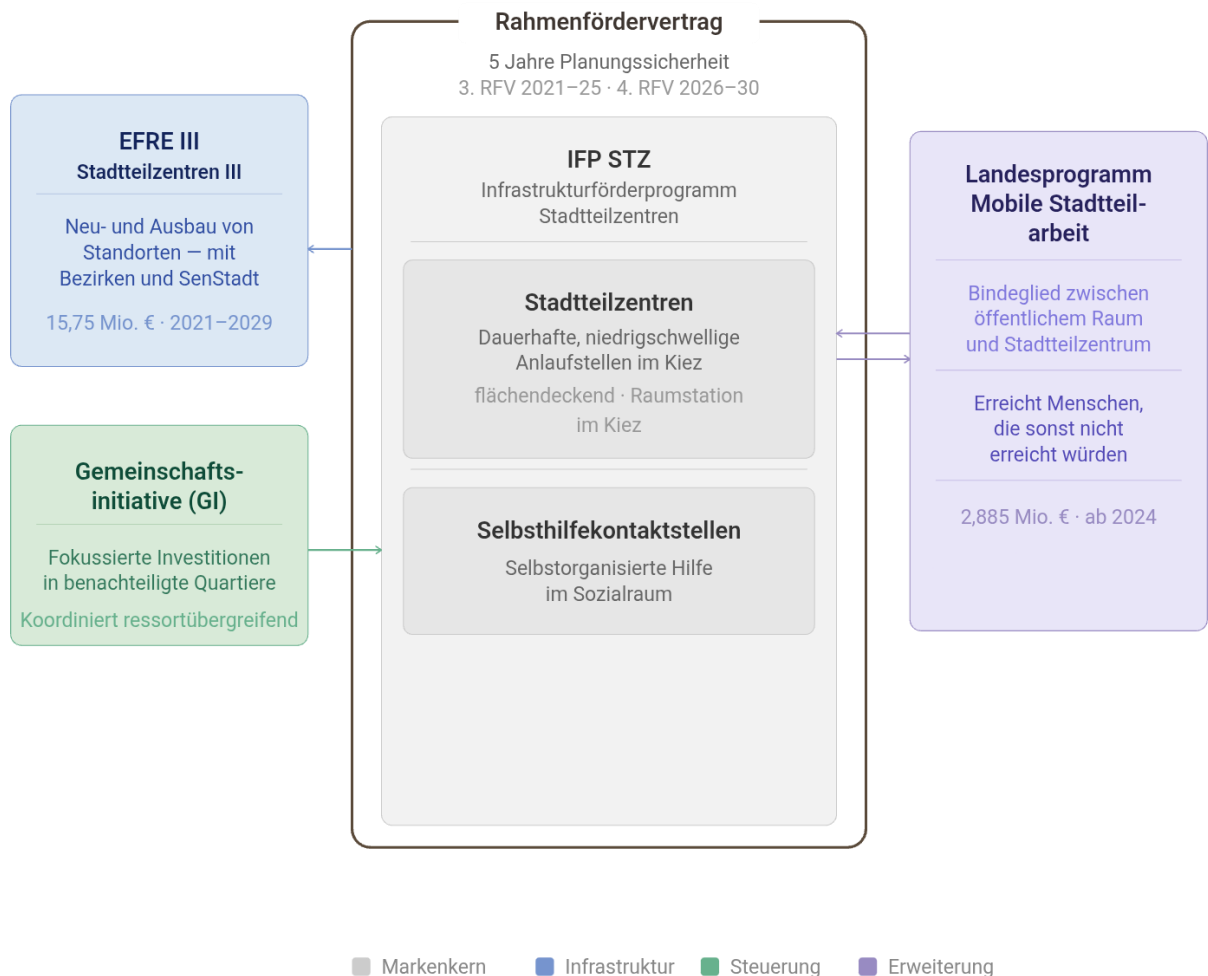


Abb. 2: Der Rahmenfördervertrag und seine Instrumente.

Rahmenfördervertrag

Der Rahmenfördervertrag (RFV) bildet die Grundlage für die Förderung gesamtstädtisch ausgerichteter Projekte in den Programmen ISP, IGPP und IFP STZ. Er regelt die Zusammenarbeit zwischen Land und Trägern und sichert über einen Zeitraum von fünf Jahren verbindliche finanzielle Mindestrahmen, die den Einrichtungen Planungssicherheit geben. Im Berichtszeitraum gilt der 3. Rahmenfördervertrag (2021–2025), der die

Finanzierung der Angebotsbereiche im IFP STZ langfristig absichert; der 4. Rahmenfördervertrag (2026–2030) befindet sich im Berichtszeitraum in Verhandlung.

Die konkrete Umsetzung der Förderung erfolgt im IFP STZ über projektbezogene Zuwendungen: Die Einrichtungen stellen jährlich Anträge, auf deren Basis Personal- und Sachkosten finanziert werden. Damit verbindet der RFV langfristige Planungssicherheit mit einer flexiblen, bedarfsorientierten Steuerung der einzelnen Projekte.

Weiterführende Informationen:

- [Rahmenfördervertrag \(https://www.berlin.de/sen/soziales/service/vertraege/rahmenfoerdervertrag/\)](https://www.berlin.de/sen/soziales/service/vertraege/rahmenfoerdervertrag/)

Verbandsförderung und fachliche Begleitung

Die fachliche Qualität und Weiterentwicklung des IFP STZ wird maßgeblich durch die beiden Dach- und Fachverbände gestützt, die im Rahmen des Rahmenfördervertrags gefördert werden:

- Der **VskA – Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesverband Berlin e. V.** begleitet die Stadtteilzentren fachlich, vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung und unterstützt die Einrichtungen bei der Qualitätsentwicklung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Er ist Träger übergreifender Projekte und organisiert den fachlichen Austausch zwischen den Einrichtungen.
- **selko e. V. – Verein zur Förderung von Selbsthilfe-Kontaktstellen** übernimmt die analoge Funktion für die Selbsthilfekontaktstellen. In seiner Trägerschaft betreibt selko die landesweite Kontaktstelle **SEKIS Berlin**, die als zentrale Anlaufstelle für Selbsthilfe in Berlin fungiert, die berlinweite Gruppendatenbank pflegt und die regionalen Selbsthilfekontaktstellen fachlich begleitet und vernetzt.

Beide Verbände sind damit nicht nur Interessenvertretungen, sondern strukturelle Bestandteile der Infrastruktur des IFP STZ – ohne sie wäre eine gesamtstädtische Qualitätssicherung und fachliche Weiterentwicklung der Einrichtungen nicht möglich.

Weiterführende Informationen:

- [VskA – Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesverband Berlin e. V.](#)
- [selko e. V.](#)

Ausbau der Stadtteilzentren-Infrastruktur mit EFRE

Die Stadtteilzentren werden nicht nur durch Landesmittel, sondern auch durch EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) unterstützt. Der Programmschwerpunkt PZ4 „Ein sozialeres Europa“ stellt den übergeordneten Rahmen dar und fokussiert auf soziale Integration sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen.

Konkret werden die EFRE-Mittel über das Programm „Stadtteilzentren III“ (2021–2027) eingesetzt. Dieses voraussichtlich bis Ende 2029 nutzbare Programm fördert den Ausbau der Infrastruktur der Stadtteilzentren in den Handlungsräumen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI). Hierbei handelt es sich um Handlungsräume die besondere soziale Belastungen aufweisen. Die Förderhöhe beträgt insgesamt 15,75 Millionen Euro. Die Mittel fließen insbesondere in den Neuaufbau von Einrichtungen der Nachbarschaftsarbeit.

Ziel ist es, Orte der Nachbarschaftsarbeit in besonders benachteiligten Stadtteilen zu schaffen und damit die soziale Integration und Lebensqualität vor Ort zu stärken. Hierbei wird verstärkt auf die Mehrfachnutzung geachtet, z. B. die gemeinsame Nutzung mit Jugendfreizeiteinrichtungen.

Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative (GI)

Die GI koordiniert die Zusammenarbeit der Senatsverwaltungen und bündelt Mittel aus verschiedenen Berliner Programmen, um sozial benachteiligte Quartiere gezielt zu fördern. Ziel ist es, gleichwertige Lebensbedingungen, eine starke soziale Infrastruktur und nachhaltige sozio-integrative Angebote zu schaffen. Langfristig unterstützt die GI die gesellschaftliche Teilhabe der Bewohner*innen und trägt dazu bei, sozialräumlichen Spaltungen entgegenzuwirken.

Im Berichtszeitraum flossen aus der Gemeinschaftsinitiative zusätzliche Mittel in das Projekt Stadtteile ohne Partnergewalt (2024: 92.500 Euro). Diese ergänzen die Landesförderung und ermöglichen gezielte Interventionen in den GI-Handlungsräumen, die von sozialen Herausforderungen besonders betroffen sind. Die Ausweitung von Interventionen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative soll in künftigen Programmjahren geprüft werden.

Weiterführende Informationen:

– [Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative](#)

Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit

Das Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit (ab 2024) baut auf den Erfahrungen des ESF-Instruments zur Unterstützung der Krisenbewältigung auf. Es fördert 24 Projekte der Mobilen Stadtteilarbeit mit einem Fördervolumen von 3.000.000 Euro und richtet sich an Menschen, die durch von sozialer Ausgrenzung, Isolation oder Krisen besonders betroffen sind und keinen Zugang zu herkömmlichen Hilfsangeboten haben. Die mobilen Teams sind in den Stadtteilzentren verankert und nutzen deren Infrastruktur und Netzwerke.

Weiterführende Informationen:

- Kapitel „Mobile Stadtteilarbeit“

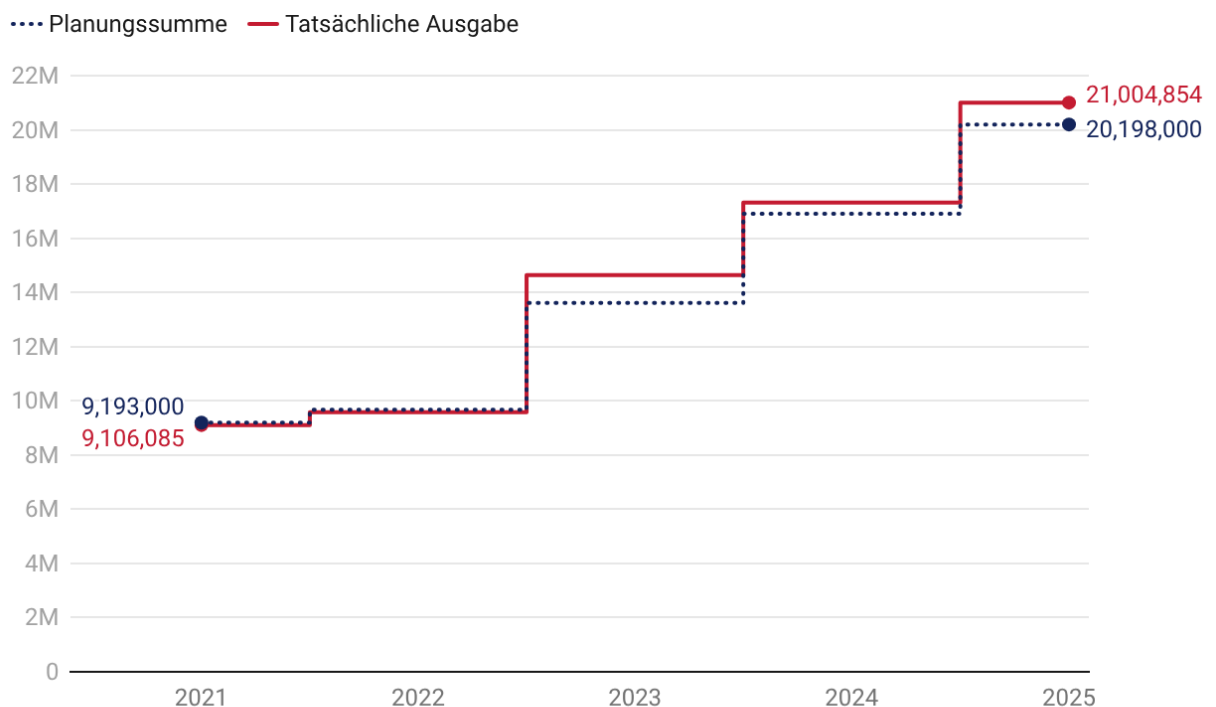
Finanzierung

Entwicklung der finanziellen Ressourcen im IFP STZ

Die Finanzplanung des IFP STZ im Rahmen des 3. Fördervertrages zeigt eine stetige Zunahme der Mittel zwischen 2021 und 2024. Während in den Jahren 2021 und 2022 die tatsächlichen Ausgaben nahezu den geplanten Summen entsprachen, lagen ab 2023 die Ist-Ausgaben leicht über den Soll-Werten:

Entwicklung der finanziellen Ressourcen des IFP STZ

inklusive komplementärer Mittel



Source: SenASGIVA • Created with Datawrapper

Abb. 3: Entwicklung der finanziellen Ressourcen des IFP STZ (inkl. komplementärer Mittel). [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Der deutliche Anstieg der Fördermittel – von 9,2 Millionen Euro im Jahr 2021 auf rund 17,3 Millionen Euro im Jahr 2024 – spiegelt vor allem den gezielten Ausbau der sozialen Infrastruktur wider. Durch die Aufnahme neuer Einrichtungen in das Programm, darunter allein 27 neue Standorte im Jahr 2023 und sieben weitere im Jahr 2024, sowie die Verstetigung der Mobilen Stadtteilarbeit stieg der Mittelbedarf entsprechend. Der Ausbau

folgt dabei den beschlossenen Richtwerten und dem Ziel, in jedem Berliner Prognoseraum ein gesamtstädtisch gefördertes Stadtteilzentrum zu etablieren.

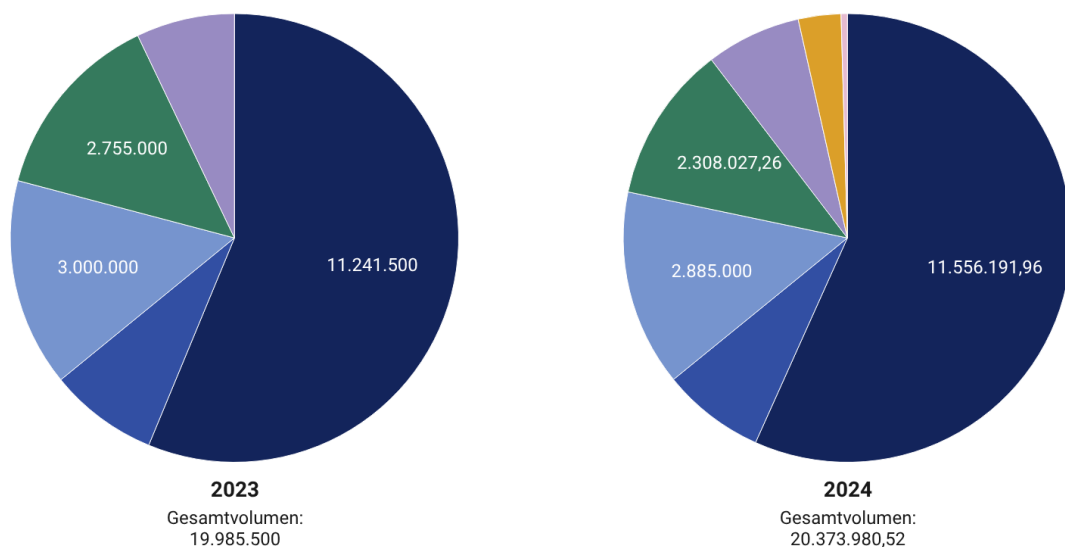
Mittelaufteilung

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bereiche zeigt, welche Projekte den größten Anteil erhalten. Besonders die Nachbarschaftshäuser sowie die mobile Stadtteilarbeit (IFP/LP) machen einen wesentlichen Anteil der Gesamtmittel aus. Im Jahr 2024 sind die Förderbereiche **Ehrenamt und Flucht** (Kontext Flucht) und **Gemeinschaftsinitiative** hinzugekommen.

Mittelaufteilung IFP STZ und LP MOST 2023 und 2024

Die summierte Mittelaufteilung des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren und des Landesprogramms Mobile Stadtteilarbeit auf die jeweiligen Programmbereiche

■ Nachbarschaftshäuser ■ Mobile Stadtteilarbeit (IFP) ■ Mobile Stadtteilarbeit (LP) ■ Selbsthilfekontaktstellen ■ Gesamtstädtische Projekte ■ Kontext Flucht ■ Gemeinschaftsinitiative



Grafik: IFP STZ • Quelle: IFP STZ • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 4: Mittelaufteilung IFP STZ und LP MOST 2023 und 2024. [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Akteure und Zusammenarbeit

Das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ist ein Gemeinschaftswerk. Die strategische Verantwortung liegt beim Fachbereich IFP STZ der SenASGIVA, die Bewilligung beim LAGeSo. Als Vertragspartner im Rahmenfördervertrag bringt die LIGA der Wohlfahrtsverbände die Trägerseite ein. Fachlich begleiten der VsKA die Stadtteilzentren und selko e. V. die Selbsthilfekontaktstellen.

Auf Bezirksebene sind die Stadtteilkoordinationen und die SIKo-Verantwortlichen zentrale Ansprechpartner für die räumliche Planung und Vernetzung. Das Kooperationsgremium bündelt all diese Stimmen und sorgt für regelmäßige Abstimmung zwischen Verwaltung, Verbänden und Bezirken.

Detaillierte Informationen zu Rollen und Aufgaben der einzelnen Akteure finden sich auf der Website der Senatsverwaltung sowie in der Kooperationsvereinbarung zum IFP STZ 2026-2030.

Synergien mit anderen Programmen

Stadtteilzentren wirken nicht isoliert. Sie sind Teil eines Netzwerks komplementärer Programme – von Quartiersmanagement über Familienzentren bis hin zu BENN und den Mehrgenerationenhäusern. Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Schnittmengen und Abgrenzungen. Entscheidend ist dabei die dauerhafte Rolle der Stadtteilzentren: Während viele Partnerprogramme zeitlich begrenzt oder zielgruppenspezifisch arbeiten, bleiben Stadtteilzentren als offene, kontinuierliche Anlaufstellen bestehen und sichern die nachhaltige Wirkung im Sozialraum.

Stadtteilzentren und ergänzende Programme im Vergleich

Programm	Zielgruppe	Laufzeit	Themenfokus
Stadtteilzentren	Alle Nachbar*innen	dauerhaft	offen und generationenübergreifend
Großsiedlungen	Großsiedlungsbewohner*innen	projektbezogen	Wohnen und Quartier
Familienzentren	Familien und Kinder	dauerhaft	Familie und Bildung
Mehrgenerationenhäuser	Alle Generationen	dauerhaft	Generationen und Begegnung
BENN	Geflüchtete und Neuzugewanderte	projektbezogen	Integration und Beteiligung
Quartiersmanagement	QM-Gebietsbewohner*innen	zeitlich begrenzt	Stadtentwicklung

Erstellt mit Datawrapper

Abb. 5: Stadtteilzentren und ergänzende Programme im Vergleich. [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Stadtteilzentren sind als flächendeckende, dauerhafte Einrichtungen anders aufgestellt als unterstützende bzw. spezialisierte Programme: Sie sind offen für alle Zielgruppen, unabhängig von Programmlaufzeiten und thematisch nicht eingegrenzt. In dieser Rolle werden sie auch als Raumstation im Kiez beschrieben – ein Ort, an dem Initiativen, Programme und Menschen andocken können, während die Einrichtung selbst als verlässlicher Anker bestehen bleibt.

Richtwerte als neues Planungsinstrument

Soziale Infrastruktur braucht eine verlässliche Planungsgrundlage, um im Zuge von Stadtentwicklung und Bevölkerungswachstum mitgedacht werden zu können. Während für viele andere soziale Infrastrukturen seit Jahren verbindliche Maßzahlen existieren, fehlte eine vergleichbare Grundlage für die Stadtteilarbeit. Mit dem Senatsbeschluss vom September 2023 wurde diese Lücke geschlossen: Erstmals gelten verbindliche quantitative Planungs- und Orientierungsrichtwerte für Einrichtungen der Stadtteilarbeit.

Die Richtwerte geben an, wie viel Nutzfläche pro 1.000 Einwohner*innen auf Ebene der Bezirksregionen für Stadtteilzentren vorzusehen ist – zwischen 10 und 15 m², abhängig vom Einrichtungstyp und der Lage im Handlungsraum der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI).

Die Entwicklung der Richtwerte beruht auf den Regierungsrichtlinien des Landes Berlin (2023-2026). Hier wurde unter der Rubrik „Soziales“ festgelegt: Der Senat unterstützt ein berlinweit flächendeckendes Angebot von Stadtteilzentren in jedem der 58 Berliner Prognoseräume.

Infobox: Die Richtwerte im Überblick

Situation	Richtwert
Kein Stadtteilzentrum, keine GI	10 m ² / 1.000 Einw.
Stadtteilzentrum, keine GI	12 m ² / 1.000 Einw.
Kein Stadtteilzentrum, mit GI	13 m ² / 1.000 Einw.
Stadtteilzentrum und GI	15 m ² / 1.000 Einw.

Formel: Nutzfläche (m²) = (Einwohner*innen in der Bezirksregion / 1.000) × Richtwert

Grundlage: Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) – 58 Prognoseräume, 143 Bezirksregionen

Mit diesen Richtwerten ist der Fachbereich nun aktiv in die Sozialen Infrastrukturkonzepte (SIKo) und das Soziale Infrastruktur-Flächeninformationssystem (SoFIS) eingebunden – ein wichtiger Schritt, um Stadtteilzentren dauerhaft als Bestandteil der Berliner Stadtentwicklung zu verankern.

Weiterführende Informationen:

- [Pressemitteilung zum Senatsbeschluss](#)
- [Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen](#)

Die Handlungsfelder des Fachbereichs IFP STZ

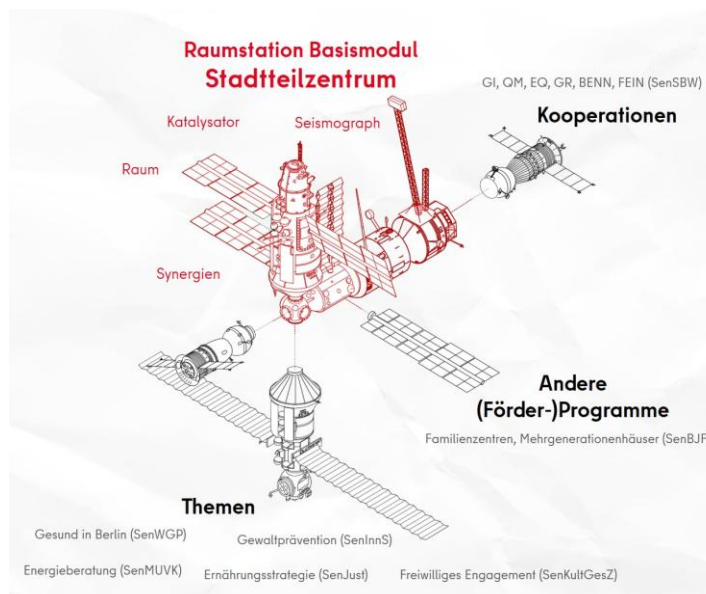
Hinweis:

Die Darstellung der einzelnen Bereiche fällt unterschiedlich detailliert aus – dies spiegelt den jeweiligen Stand der Programmentwicklung und der verfügbaren Datenbasis wider.

Stadtteilzentren

Leitbild: Raumstation im Kiez

Stadtteilzentren sind das Herzstück des IFP STZ. Ihr Leitbild beschreibt sie als Raumstation im Kiez: Sie stellen Raum zur Verfügung, verbinden Akteure und Initiativen und fungieren als Seismograph und Katalysator für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Andere Programme, Projekte und Initiativen können an ihnen andocken – während sie selbst als verlässlicher, dauerhafter Anker bestehen bleiben. Dieses Bild macht deutlich, was Stadtteilzentren von anderen sozialen Angeboten unterscheidet: Sie sind nicht zielgruppen- oder themenspezifisch eingegrenzt, sondern offen, kontinuierlich und sozialräumlich verankert.



01

LEITBILD

Stadtteilzentren als
**Raumstation in der
Nachbarschaft**

Das Stadtteilzentrum ...

- stellt **Raum** zur Verfügung
- verbindet Akteure und Initiativen im Kiez und schafft **Synergien**
- sind ein **Seismograph** und **Katalysator** für die Nachbarschaft

Abb. 6: Leitbild: Stadtteilzentren als Raumstation im Kiez.

Auftrag und Grundlagen

Stadtteilzentren sind wesentlicher und bewährter Bestandteil der gesamstädtischen sozialen Infrastruktur Berlins. Sie engagieren sich in der Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit und schaffen mit ihrer generationenübergreifenden und integrativen Arbeit Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement aller Berliner*innen. Ein zentrales Ziel ist es, Angebote für alle Teile der Bevölkerung bereitzuhalten und auf die Begegnung verschiedener kultureller Gruppen auszurichten – um Integration und gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe zu ermöglichen. Damit knüpfen die Einrichtungen unmittelbar an ihre Entstehungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg an, in der sie sich zur demokratischen Wertevermittlung, Partizipation, Toleranz und Solidarität verpflichtet haben. Die verbindliche Grundlage für die Arbeit der Stadtteilzentren bilden die jeweils geltenden Rahmenbedingungen für Stadtteilzentren – für den Berichtszeitraum 2023/2024 die Rahmenbedingungen 2021–2025, ab 2026 die fortgeschriebenen Rahmenbedingungen 2026–2030.

Weiterführende Informationen:

- [Rahmenbedingungen für Stadtteilzentren 2021-2025](#)
- [Rahmenbedingungen für Stadtteilzentren 2026-2030](#)
- [VskA – Fachverband der Berliner Stadtteilzentren](#)

Was Stadtteilzentren leisten

Stadtteilzentren verbinden in ihrer täglichen Arbeit vier Funktionen, die sich gegenseitig verstärken:

- Als **Begegnungsorte** bieten sie offene Räume für alle Nachbar*innen – generationenübergreifend, kulturoffen und ohne Konsumzwang. Wohnzimmercafés, Familienangebote und niedrigschwellige Treffpunkte schaffen Kontakt und Gemeinschaft.
- Als **Beratungs- und Unterstützungsangebote** helfen sie bei Alltagsfragen, Behördengängen, Sozial- und Familienfragen – oft informell, oft als erster Anlaufpunkt, bevor spezialisierte Dienste aufgesucht werden.
- Als **Räume für Eigeninitiative und Engagement** ermöglichen sie Nachbar*innen, eigene Projekte zu starten, Selbsthilfegruppen zu gründen und Verantwortung im Kiez zu

übernehmen. Ehrenamtliches Engagement wird hier nicht nur unterstützt, sondern strukturell ermöglicht.

- Als **Kooperationsknoten im Sozialraum** vernetzen sie lokale Initiativen, Vereine, Bezirksstellen und andere Förderprogramme – und fungieren als Schnittstelle, an der Ressourcen gebündelt und Synergien geschaffen werden.

Förderstruktur und Mindestausstattung

Stadtteilzentren erhalten eine Basisförderung, die die Grundlage für ihre konzeptionelle Arbeit bildet. Je nach Größe und sozialräumlichem Angebot liegt diese zwischen rund 150.000 und 250.000 Euro pro Stadtteilzentrum; Nachbarschaftstreffpunkte erhalten zwischen 40.000 und 90.000 Euro. Die Basisförderung sichert in der Regel rund 2,5 Vollzeitäquivalente (VzÄ) sowie laufende Sachkosten – was im Durchschnitt etwa 80 Prozent der Fördersumme entspricht.

Aufgrund dieser eng bemessenen Grundausrüstung ist es strukturell erforderlich, dass Stadtteilzentren zusätzliche Mittel aus anderen zielgruppen- oder gebietsorientierten Programmen einwerben und ehrenamtliche Ressourcen umfassend einbinden. Die sozialräumliche Ausrichtung und die wirkungsorientierte Themenverknüpfung, obliegt dabei weitgehend den Einrichtungen selbst – um auf aktuelle Bedarfe vor Ort unmittelbar reagieren zu können.

Einrichtungstyp	Basisförderung	Mindest-Personalausstattung
Stadtteilzentrum	150.000–250.000 €	2,5 VzÄ
Nachbarschaftstreffpunkt	40.000–90.000 €	anteilig

Entwicklung im Berichtszeitraum 2023/2024

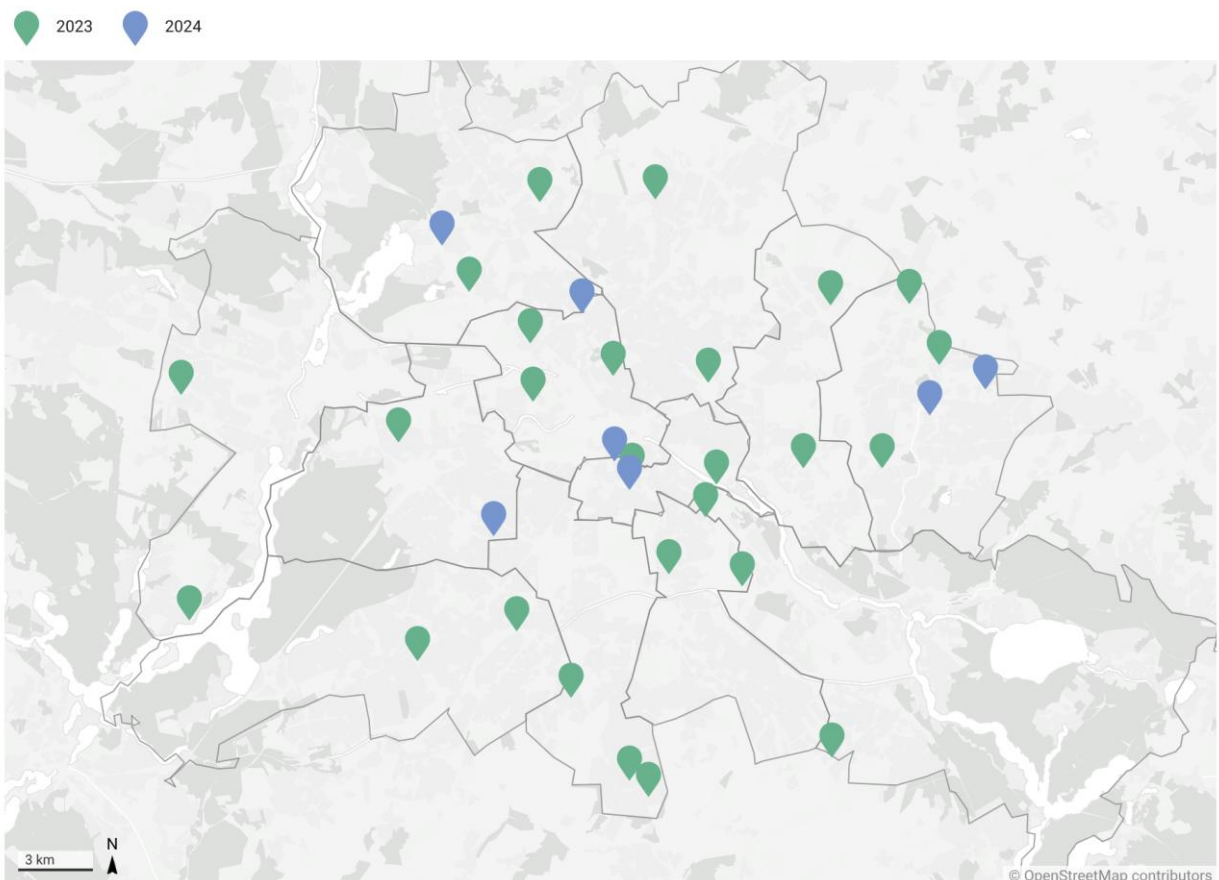
Hinweis zur Datenlage:

Die statistischen Kennzahlen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das Jahr 2023. Die Vollerhebung der Daten für 2024 war zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht abgeschlossen und wird im nächsten Berichtszyklus nachgeführt.

Der Berichtszeitraum 2023/2024 war für die Stadtteilzentren eine Phase deutlichen Wachstums. Die Anzahl gesamtstädtisch geförderter Stadtteilzentren stieg von 36 auf 48 Einrichtungen; die Zahl der Nachbarschaftstreffpunkte wuchs von 7 auf 12 Standorte. Dieses Wachstum ist das Ergebnis einer gezielten programmatischen Erweiterung, ermöglicht durch die Aufstockung des Programmtitels und ergänzende EFRE-Mittel.

Standorte und Projekte

Neu eröffnete Stadtteilzentren* im Jahr 2023 und 2024



* Standorte die von SenASGIVA durch das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren oder EFRE III gefördert werden. Es handelt sich um Standorte und nicht um Projekte, Stadtteilzentrenprojekte können mehrere Standorte haben.

Grafik: SenASGIVA III E • Quelle: SenASGIVA • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 7: Neu eröffnete Stadtteilzentren im Jahr 2023 und 2024. [Liste aller Standorte siehe Anhang. Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

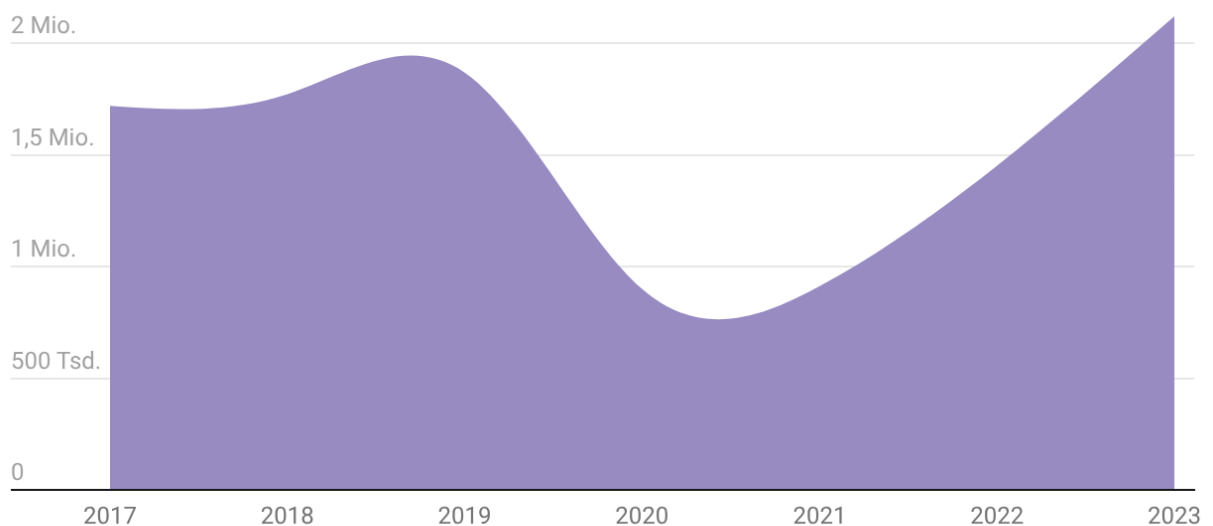
Weiterführende Informationen:

– Übersicht aller Projektstandorte: [Projektübersicht Stadtteilzentren](#)

Besuchende

Die Besuchszahlen zeigen die Erholungs- und Wachstumsdynamik nach den pandemiebedingten Einbrüchen der Jahre 2020 und 2021 deutlich. 2023 wurden erstmals mehr als zwei Millionen Besuche in den Stadtteilzentren erfasst – ein historischer Höchstwert.

Anzahl der Besuche in Stadtteilzentren 2017 - 2023



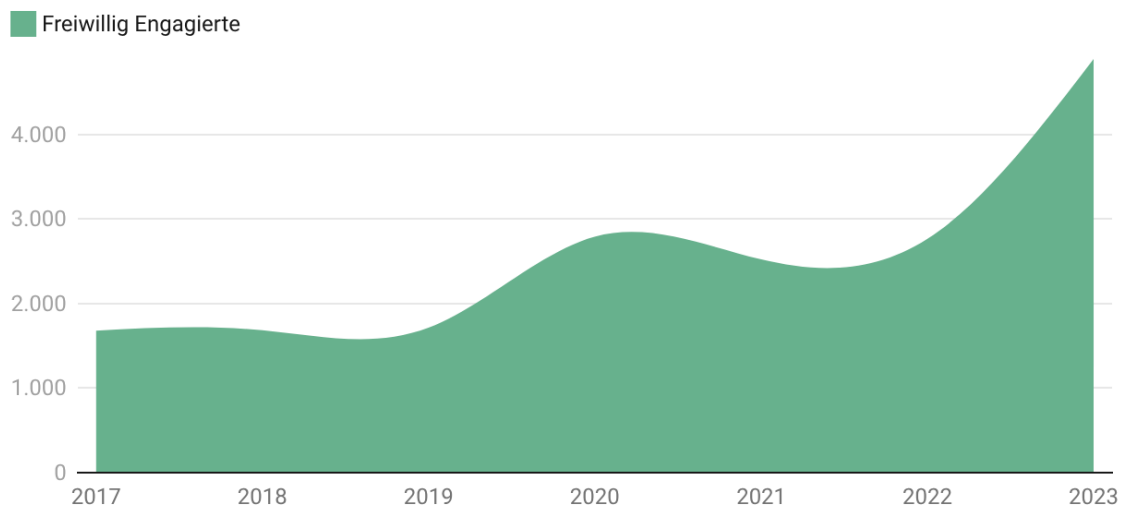
Grafik: III E 2.6 • Quelle: SenASGIVA • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 8: Anzahl der Besuche in Stadtteilzentren 2017-2023. [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Ehrenamt und Hauptamt

Das Wachstum der Einrichtungen spiegelt sich auch in den personellen Ressourcen wider. Sowohl die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeitenden als auch der ehrenamtlich Engagierten hat sich im Berichtszeitraum deutlich erhöht – ein Zeichen sowohl für den Ausbau der Infrastruktur als auch für die wachsende Verankerung der Einrichtungen in ihren Nachbarschaften.

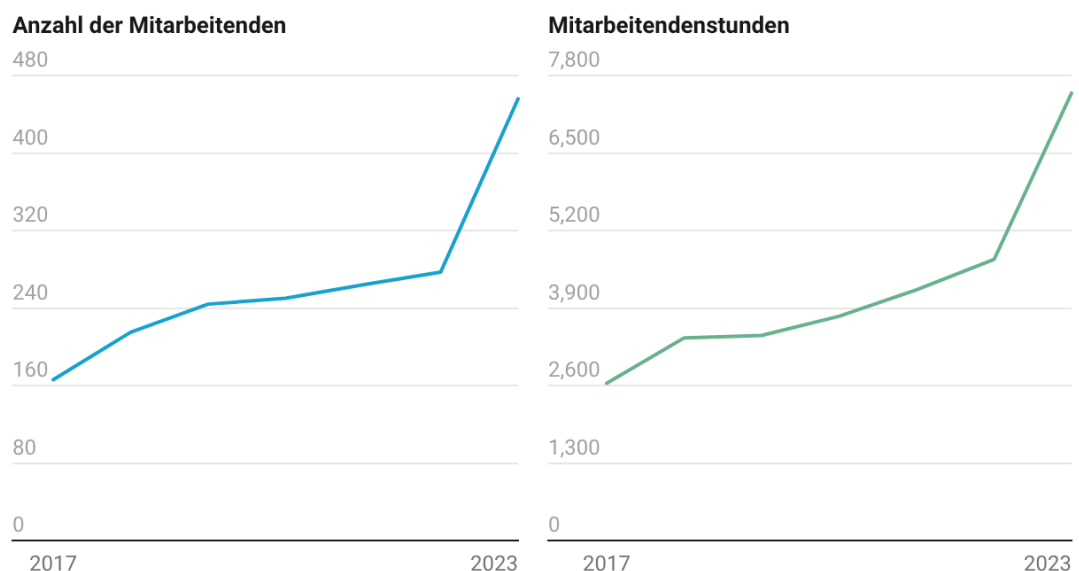
Anzahl der freiwillig Engagierten in Stadtteilzentren 2017 - 2024



Grafik: III E 2.6 • Quelle: SenASGIVA • Erstellt mit Datawrapper

Abb. 9: Anzahl der freiwillig Engagierten in Stadtteilzentren 2017-2023. [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Entwicklung der Mitarbeitenden in IFP STZ geförderten Projekten



Created with Datawrapper

Abb. 10: Entwicklung der Mitarbeitenden in IFP-STZ-geförderten Projekten 2017-2023. [Interaktive, barrierefreie Version dieser Grafik online aufrufen](#)

Beratungen

Neben den offenen Angeboten leisten Stadtteilzentren umfangreiche Beratungsarbeit. Im Jahr 2023 wurden insgesamt 54.613 Personen in 58.348 Beratungen unterstützt – bei Sozial-, Gesundheits- und Alltagsfragen, bei Behördengängen und in persönlichen Krisensituationen.

Wirkung

Zur Methodik der Wirkungsdarstellung

Die in diesem Kapitel beschriebenen Wirkungsdimensionen wurden aus der systematischen Auswertung der Sachberichte aller geförderten Einrichtungen des Berichtszeitraums 2023/2024 entwickelt. Dabei wurden rund 1.800 Seiten Berichtsmaterial ausgewertet, unterstützt durch KI-gestützte Analyseverfahren. Die vier Wirkungsdimensionen – Eigeninitiative, Ankommen, Gemeinschaft, Anker im Kiez – sind induktiv aus diesem Material entstanden und spiegeln die tatsächlich berichteten Erfahrungen der Einrichtungen wider.

Ein Ort zur Förderung von (Eigen-)Initiative

Stadtteilzentren sind Orte, an denen Ideen wachsen, Engagement sichtbar wird und Nachbar*innen gemeinsam aktiv werden können. Sie schaffen Räume, in denen Eigeninitiative gefördert, Projekte gestartet und Gemeinschaft gestärkt wird – und das oft mit nachhaltiger Wirkung auf den gesamten Stadtteil.

Kleine Impulse können große Entwicklungen auslösen. An einem Frühlingsnachmittag 2024 kam es im Rahmen einer Kooperation mit der Berliner Energieagentur zu einem Gespräch mit einer engagierten Bewohnerin – sie hatte eine Idee: ein Markt, der all die Initiativen rund um Klima- und Umweltschutz im Kiez an einem Ort sichtbar macht. Aus diesem einen Gespräch wurde der erste Kreuzberger Kiezklimamarkt, der im Oktober auf dem Hohenstaufenplatz stattfand.¹ Ähnlich entstehen langfristige Angebote, die Menschen zusammenbringen, etwa gemeinsames Singen, Kochen oder kreative Gruppenaktivitäten. Solche Initiativen fördern nicht nur das Miteinander, sondern stärken auch das Selbstvertrauen und die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen.^{2, 3}

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie ein kleiner Anstoß zu etwas Dauerhaftem werden kann, liefert das Nachbarschaftszentrum Amtshaus Buchholz: Zwei früh verwitwete Rentnerinnen wandten sich an das Zentrum mit dem Wunsch, eine Gruppe zu gründen, um gemeinsam ihre Freizeit zu gestalten. Das Zentrum stellte Räume zur Verfügung, half bei der Organisation und begleitete die ersten Treffen. Heute sind daraus die Montagsperlen entstanden – eine aktive Gruppe, die sich wöchentlich trifft und ein abwechslungsreiches Programm aus Ausflügen, kreativen Workshops und geselligem Beisammensein gestaltet.

¹ Kooperation mit Berliner Energieagentur, Projekt „Klimaschutz in kleinen Kommunen und Stadtteilen (KlikKS)“

² Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel

³ Nachbarschaftstreff im Olof-Palme-Zentrum

Was als bescheidener Wunsch zweier Frauen begann, hat sich zu einer tragenden nachbarschaftlichen Struktur entwickelt.⁴

Eigeninitiative zeigt sich auch im Umwelt- und Naturschutz: Stadtteilzentren unterstützen die Umsetzung von Projekten wie Bientankstellen oder Lebensmittelverteilstellen, die Nachbar*innen gemeinsam planen, beantragen und betreiben. Solche Projekte verbinden Engagement mit konkreten Verbesserungen für die Nachbarschaft.^{5, 6}

Darüber hinaus ermöglichen Vernetzungen mit anderen Organisationen, Vereinen oder Kirchengemeinden neue Perspektiven für Nachbar*innen. Stadtteilzentren fungieren als Schnittstelle, die Ressourcen bündelt, Kooperationen ermöglicht und damit das Engagement der Menschen vervielfacht.

Die Wirkung dieser Arbeit zeigt sich oft nachhaltig: Menschen übernehmen Verantwortung, entwickeln eigene Projekte und gestalten ihre Nachbarschaft aktiv mit. Stadtteilzentren sind somit Motoren der Eigeninitiative, die Kreativität, Engagement und sozialen Zusammenhalt fördern und langfristig den Zusammenhalt im Stadtteil stärken.

Ein Ort des Ankommens

Stadtteilzentren sind Orte des Ankommens: Sie schaffen niedrigschwellige, sichere Räume, in denen Menschen nach Flucht, Migration oder einschneidenden Lebensveränderungen Unterstützung, Orientierung und Gemeinschaft finden – ohne Voranmeldung, ohne Hürden, einfach durch eine offene Tür. Hier wird Spracherwerb gefördert, soziale Teilhabe ermöglicht und der Aufbau von Netzwerken unterstützt – oft mit nachhaltiger Wirkung auf Integration und persönliche Perspektiven.

Angebote wie Sprachcafés zeigen, wie wichtig solche Räume sind. Sie erleichtern den Einstieg in den Alltag, geben Orientierung und schaffen Kontakte, die weit über die Treffen hinausreichen.^{7, 8} Wie dieser Prozess konkret aussieht, zeigt eine Beobachtung aus dem Sprachcafé des Stadtteilzentrums Prenzlauer Berg:

L. aus Syrien kommt seit einigen Wochen ins Sprachcafé. Er ist sehr ruhig, beobachtet, nimmt das Handy zu Hilfe, wenn er etwas sagen möchte. Einige Wochen später: Alle

⁴ Nachbarschaftszentrum Amtshaus Buchholz

⁵ MokuZ – Mobiles Kulturzentrum und StadtteilRäume in Steglitz-Zehlendorf

⁶ STZ Neukölln Süd, Nachbarschaftstreff Waschhaus-Café

⁷ STZ Ulme35

⁸ Stadtteilzentrum Prenzlauer Berg

stellen sich vor, berichten, wie es ihnen geht. Als L. an der Reihe ist, atmet er tief durch – und antwortet, ohne Handy, sehr konzentriert: „Ich bin L. Ich komme aus Syrien. Ich wohne X Monate in Berlin. Mir geht es gut.“ Die, die ihn kennen, reagieren begeistert. Man sieht, wie erleichtert und stolz er ist.⁹

Solche Momente sind keine Ausnahme, sondern Ausdruck einer systematischen Wirkung: Teilnehmer*innen gewinnen Vertrauen, bauen Selbstbewusstsein auf und entwickeln Motivation, weitere Schritte in Schule, Ausbildung oder Beruf zu gehen.^{10, 11}

Wie weit diese Wirkung reichen kann, zeigt die Geschichte von Leopold, die das Stadtteilzentrum im Nachbarschaftshaus Friedenau berichtet: Leopold, ein 43-jähriger Mann aus Benin, kam vor einigen Jahren nach Berlin. Im Sprachcafé lernte er den Ehrenamtlichen Friedhelm kennen, der ihn fortan begleitete – bei Bewerbungen, Prüfungsvorbereitungen, Behördengängen und dem Kindernachzug. Nach Jahren gemeinsamer Arbeit schloss Leopold im Herbst 2024 seine Ausbildung als Pflegefachkraft als Bester seines Jahrgangs ab und wurde von einer Berliner Spezialklinik eingestellt.

„Leopold und seine Familie sind längst Freunde für mich geworden. Ich freue mich auf jedes Treffen und habe das gute Gefühl, dass dies auf Gegenseitigkeit beruht.“ – Friedhelm, Ehrenamtlicher im Sprachcafé¹²

Dass diese Wirkung oft erst Jahre später sichtbar wird, verdeutlicht eine Begegnung aus der Ulme35: Ein heute junger Erwachsener, der als Kind mit seiner syrischen Familie das Nachbarschaftscafé als ersten sicheren Ort in Berlin erlebt hatte, tauchte Jahre später wieder auf – mit einem Schulvideo, das er mit dreizehn Jahren für seinen Englischunterricht gedreht hatte. Darin zeigte er seinen Mitschüler*innen die Ulme35 als den Ort, an dem er sich in Berlin zuhause fühlte. Nun fragte er, ob er ein Praktikum machen könne – um zu erleben, wie es sich anfühlt, dort mitzuarbeiten.¹³

Darüber hinaus bieten Stadtteilzentren Möglichkeiten der Wiedereingliederung und Inklusion: Menschen mit körperlichen Einschränkungen, sprachlichen Barrieren oder besonderen Unterstützungsbedarfen finden durch inklusive Angebote und persönliche Begleitung wieder Zugang zu sozialen und gemeinschaftlichen Aktivitäten.^{14, 15}

⁹ Stadtteilzentrum Prenzlauer Berg

¹⁰ Nachbarschaftszentrum Amtshaus Buchholz

¹¹ Stadtteilzentrum Haus am See

¹² Stadtteilzentrum im Nachbarschaftshaus Friedenau

¹³ STZ Ulme35

¹⁴ STZ Friedrichshain

¹⁵ Gutshaus Lichterfelde

Die Wirkung dieser Arbeit zeigt sich oft langfristig: Menschen fühlen sich zugehörig, knüpfen Kontakte, entwickeln Kompetenzen und eröffnen sich neue Perspektiven. Stadtteilzentren schaffen eine tragfähige Grundlage für Integration und Teilhabe und tragen so entscheidend dazu bei, dass das Ankommen in der neuen Umgebung gelingt.

Ein Ort der Gemeinschaft

Stadtteilzentren sind Orte, die Gemeinschaft stiften, Begegnungen ermöglichen und soziale Teilhabe fördern. Sie schaffen sichere Räume, in denen Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation zusammenkommen, Beziehungen aufbauen und sich gegenseitig unterstützen können.

Gemeinsames Kochen, kreative Angebote oder Bewegungsprogramme bieten nicht nur Aktivität, sondern auch soziale Bindung – und können zu einem echten Netz gegenseitiger Fürsorge werden. Das ist keine Kleinigkeit: Laut einer Befragung des Robert Koch-Instituts fühlen sich rund 19 Prozent der 65- bis 79-Jährigen in Deutschland einsam – bei Frauen über 80 steigt dieser Anteil auf knapp 29 Prozent.¹⁶ Stadtteilzentren wirken diesem Trend aktiv entgegen, indem sie verlässliche Orte der Begegnung schaffen. Eine Beobachtung aus dem Nachbarschaftsladen Leonie zeigt, wie dieses Netz in der Praxis funktioniert:

Eine langjährige Teilnehmerin fehlte plötzlich zweimal hintereinander. Es blieb nicht unbemerkt. Sofort fragten die anderen nach, sorgten sich und suchten den Kontakt. Als sie schließlich wiederkam, erzählte sie gerührt, wie sehr sie diese Aufmerksamkeit berührt hatte – zu spüren, dass Menschen an sie denken und für sie da sind, gab ihr ein tiefes Gefühl von Geborgenheit und Zugehörigkeit.¹⁷

Solche Momente machen sichtbar, was Stadtteilzentren jenseits ihrer formalen Angebote leisten: Sie schaffen Strukturen, in denen niemand unbemerkt verschwindet – und wirken damit präventiv gegen Vereinsamung.

Kreative Angebote wie Töpfergruppen oder gemeinsame Malaktionen verbinden unterschiedliche Generationen und Hintergründe. Sie geben Kraft für den Alltag, fördern

¹⁶ Robert Koch-Institut, zitiert nach Statista (2023): Prävalenz von Einsamkeit unter älteren Menschen in Deutschland nach Alter und Geschlecht, 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1419771/umfrage/praevalenz-von-einsamkeit-unter-aelteren-menschen-in-deutschland/>

¹⁷ Nachbarschaftsladen Leonie (Stadtteilzentrum SüdOst)

Austausch und gegenseitige Anerkennung und schaffen wertvolle soziale Beziehungen.^{18, 19} Manchmal entsteht dabei mehr als ein schöner Nachmittag – wie eine Szene aus dem Stadtteilzentrum Rollberge zeigt: Ein kleiner Junge mit Migrationsgeschichte malt neben einer älteren, alteingesessenen Nachbarin. Er fragt sie: „Findest du Bild schön?“ Sie schaut drauf: „Das hast du sehr schön gemacht.“ Der Junge strahlt.²⁰

Auch spielerische Angebote unterstützen nachbarschaftliche Begegnungen über alle Grenzen hinweg. Im Stadtteilzentrum Friedrichsfelde haben sich so eine über 90-jährige Frau und ein Mitte-50-jähriger Mann, der seit acht Jahren in Deutschland lebt, beim wöchentlichen Spielenachmittag kennengelernt. Trotz Sprachbarrieren und Höreinschränkungen finden sie Wege zur Verständigung – und verabreden sich inzwischen auch privat.²¹

Die Wirkung ist langfristig spürbar: Jung und Alt kommen in Kontakt, bauen Vertrauen auf, lernen voneinander und stärken das nachbarschaftliche Netzwerk. Stadtteilzentren fördern damit nicht nur Begegnung, sondern auch Solidarität, soziale Teilhabe und ein Gefühl von Zuhause.

Ein Anker im Kiez

Stadtteilzentren sind Anker im Kiez: Sie bieten Stabilität, Unterstützung und Orientierung für Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen. Sie sind Orte, an denen Alltagssorgen erleichtert, soziale Kontakte aufgebaut und Selbstwirksamkeit erlebt werden können. Hilfe und Beratung stehen dabei im Mittelpunkt. Manchmal genügt ein Satz, um zu verstehen, was das bedeutet:

„Ihr habt mir hier sehr, sehr, sehr viel geholfen.“ – Ein Besucher nach einer Kurz- und Verweisberatung, STZ Wassertor²²

Besucher*innen erhalten Unterstützung beim Lesen und Verstehen von Post, in der Kommunikation mit Behörden oder bei kurzen Beratungen – Angebote, die Lasten abnehmen und Sicherheit im Alltag schaffen.^{23, 24}

¹⁸ Stadtteilzentrum Stadtschloss Moabit

¹⁹ Stadtteilzentrum Rollberge

²⁰ Stadtteilzentrum Rollberge

²¹ Stadtteilzentrum Friedrichsfelde

²² STZ Wassertor

²³ STZ Wassertor

²⁴ STZ Friedrichshain

Darüber hinaus stärken Stadtteilzentren Nachbarschaftsnetzwerke und gegenseitige Hilfe. Reparatur-Cafés zeigen, wie Engagement und Expertise kombiniert werden können, um Ressourcen zu schonen und nachhaltige Lösungen für den Alltag zu bieten.²⁵

Regelmäßige Angebote wie Tanzkurse, Sitzgymnastik oder Cafétreffen wirken stabilisierend, insbesondere für ältere Menschen oder solche mit eingeschränkter Mobilität. Für viele sind sie weit mehr als ein Freizeitangebot – sie sind Struktur, Verantwortung, Zugehörigkeit.

„Ich bin so froh, dass es das Paul-Schneider-Haus gibt.“ – Eine ältere, mobilitätseingeschränkte Teilnehmerin, Stadtteilzentrum Haselhorst²⁶

Auch Menschen mit psychischen Erkrankungen oder isolierten Lebenssituationen finden über die kontinuierliche Teilnahme langsam Anschluss. Im Stadtteilzentrum Haselhorst kommt seit Jahren eine Frau mit einer psychischen Erkrankung in den offenen Treff. Anfangs setzte sie sich immer an einen extra Tisch, redete mit sich selbst, wollte keinen Kontakt. Sie kam trotzdem – fast jede Woche. Irgendwann setzte sie sich zu anderen. Irgendwann antwortete sie, wenn man sie ansprach. Mittlerweile fühlt sie sich für die Pflanzen im Raum zuständig. Sie ist Teil der Gemeinschaft geworden.²⁷

Kreative und handwerkliche Projekte ermöglichen es Ehrenamtlichen und Besucher*innen, Fähigkeiten einzubringen und Anerkennung zu erfahren. Im Stadtteilzentrum für Alt Treptow und Plänterwald hat ein Handwerker im Ruhestand dort wieder seinen Platz gefunden: Er baut Kulissen und Requisiten für das Theater – und ist Stammgast bei jeder Aufführung.²⁸ Stadtteilzentren sind somit nicht nur Orte des Treffens, sondern verlässliche Anker im Kiez, die Stabilität, Teilhabe und Gemeinschaft bieten. Sie wirken unterstützend, präventiv und nachhaltig – für alle, die sie besuchen oder aktiv mitgestalten.

²⁵ Nachbarschaftszentrum Amtshaus Buchholz

²⁶ Stadtteilzentrum Haselhorst

²⁷ Stadtteilzentrum Haselhorst

²⁸ Stadtteilzentrum für Alt Treptow und Plänterwald

Selbsthilfekontaktstellen

Leitbild: Wegbegleiterin der Selbsthilfe

Selbsthilfekontaktstellen verstehen sich als Wegbegleiterin der Selbsthilfe: Sie schaffen Raum, vermitteln Wissen und vernetzen Akteur*innen, sodass Selbsthilfegruppen eigenständig wachsen können. Ihr Leitgedanke ist „offen, erreichbar und einladend“ – sie bieten diskriminierungsfreie Begegnungsräume, bündeln Wissen über Selbsthilfe in ihrer Region und geben Themen Raum, die in der Gesellschaft häufig tabuisiert werden. Damit unterscheiden sie sich von spezialisierten Behandlungsangeboten: Sie stärken die Ressourcen von Menschen, belastende Situationen aus eigener Kraft zu bewältigen.

Auftrag und Grundlagen

Selbsthilfekontaktstellen sind ein bewährter und unabdingbarer Bestandteil der gesamtstädtischen sozialen Infrastruktur Berlins. Als multifunktionale, im Gemeinwesen vernetzte Einrichtungen tragen sie zu Teilhabe und Empowerment bei – mit dem Fokus auf Selbststärkung, Salutogenese und Resilienzförderung.

Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung ist die Selbsthilfe als „vierte Säule“ neben der ambulanten, stationären und rehabilitativen Versorgung fest etabliert. Partizipation und Empowerment sind dabei Grundprinzipien: Betroffene werden dabei zu aktiven Gestalter*innen ihrer Gesundheits- und Lebenssituation. Gleichzeitig kommt der sozialen Selbsthilfe wachsende Bedeutung zu – ihr Potenzial für die Verbesserung sozialer Problemlagen und die psychosoziale Versorgung ist nicht zu unterschätzen.

Die verbindliche Grundlage für die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen bilden die jeweils geltenden Rahmenbedingungen – für den Berichtszeitraum 2023/2024 die Rahmenbedingungen 2021–2025, ab 2026 die fortgeschriebenen Rahmenbedingungen 2026–2030.

Weiterführende Informationen:

– [Rahmenbedingungen Selbsthilfekontaktstellen 2021-2025](#)

- Rahmenbedingungen Selbsthilfekontaktstellen 2026-2030
- SELKO - Dach- und Fachverband der Berliner Selbsthilfekontaktstelle
- Selbsthilfegruppen Datenbank von SELKO

Was Selbsthilfekontaktstellen leisten

Selbsthilfekontaktstellen verbinden in ihrer täglichen Arbeit vier Handlungsfelder, die sich gegenseitig verstärken:

- Als **Beratungs- und Informationsstellen** klären sie über bestehende Selbsthilfegruppen auf, helfen bei der Gründung neuer Gruppen und vermitteln Räume, Materialien und weiterführende Netzwerke – oft als erster niedrighschwelliger Anlaufpunkt.
- Durch **Qualifizierungsangebote** schulen sie Gruppenleiter*innen, unterstützen beim Aufbau von Strukturen und Prozessen und stärken die Fachlichkeit der Selbsthilfe durch Fortbildungen und Informationsveranstaltungen.
- Als **Vernetzungsknoten** verbinden sie regionale und überregionale Akteur*innen: Stadtteilzentren, Kontaktstellen Pflegeengagement, Krankenkassen, Fachkräfte aus Sozial- und Gesundheitsbereich sowie die landesweite Kontaktstelle SEKIS Berlin.
- Als **Orte der Selbstkompetenz** stärken sie Eigenverantwortung, Selbstmanagement und Lebensqualität auf individueller Ebene – und ermöglichen durch Peer-to-Peer-Unterstützung, dass Betroffene für Betroffene da sind.

Förderstruktur und Mindestausstattung

Selbsthilfekontaktstellen erhalten eine Basisförderung aus dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ), die als Grundlage für Personal- und Sachkapazitäten dient. Die Stellenzumessung erfolgt nach Einzugsbereichen: Einrichtungen mit 100.000 bis 300.000 Einwohnenden erhalten eine Mindestausstattung von 1,5 Fachkraftstellen (Soziale Arbeit) und 0,5 Verwaltungsstellen; bei 300.000 bis 400.000 Einwohnenden sind es 2,5 Fachkraftstellen und 1,0 Verwaltungsstelle. Als grundlegende Mindestausstattung aus dem IFP STZ werden – in Abhängigkeit von verfügbaren Fördermitteln – bis zu zwei Vollzeitäquivalente angestrebt.

Die Basisförderung schafft die strukturelle Voraussetzung, um zusätzliche Mittel der Berliner Krankenkassen sowie weiterer Förderprogramme anzubinden – etwa für migrationsbezogene Selbsthilfe oder „Junge Selbsthilfe“.

Einzugsbereich	Fachkräfte Soziale Arbeit (Mind.)	Verwaltung (Mind.)
100.000–300.000 Einw.	1,5 VZÄ	0,5 VZÄ
300.000–400.000 Einw.	2,5 VZÄ	1,0 VZÄ

Entwicklung im Berichtszeitraum 2023/2024

Hinweis zur Datenlage:

Die statistischen Kennzahlen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das Jahr 2023. Die Vollerhebung der Daten für 2024 war zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht abgeschlossen und wird im nächsten Berichtszyklus nachgeführt.

Im Berichtszeitraum 2023/2024 wurden insgesamt 13 Selbsthilfekontaktstellen und vier Selbsthilfetreffpunkte gefördert. In jedem Berliner Bezirk ist mindestens eine Kontaktstelle vertreten. Die enge Kooperation mit Stadtteilzentren und den Kontaktstellen Pflegeengagement stärkt die Vernetzung im Sozialraum. Die Basisförderung ermöglichte den Aufbau von Personal- und Sachkapazitäten, wodurch weitere Mittel der Berliner Krankenkassen angebunden werden konnten.

Standorte und Projekte

Weiterführende Informationen:

- Übersicht aller Projektstandorte: [Projektübersicht Selbsthilfekontaktstellen](#)

Wirkung

Die Wirkung von Selbsthilfekontaktstellen entfaltet sich auf drei Ebenen, die sich gegenseitig verstärken:

Individuelle Wirkung: Stärkung von Selbstkompetenz und Lebensqualität

Selbsthilfekontaktstellen befähigen Menschen, eigene Ressourcen zu erkennen und zu nutzen. Wer Unterstützung bei Erkrankungen, psychischen Belastungen oder sozialen Problemlagen sucht, findet hier einen niedrighschwelligsten ersten Zugang – oft lange bevor spezialisierte Angebote aufgesucht werden. Die Beratung stärkt Eigenverantwortung, Selbstmanagement und die Fähigkeit, das eigene Leben aktiv zu gestalten.

Wirkung auf Gruppenebene: Peer-to-Peer als tragendes Prinzip

Selbsthilfekontaktstellen bauen Gruppen auf und stabilisieren sie. Das Prinzip „Betroffene helfen Betroffenen“ entlastet nicht nur einzelne Menschen – es schafft belastbare soziale Netzwerke, die über die Gruppentreffen hinauswirken. Neue Gruppen entstehen durch gezielte Unterstützung bei Gründung, Raumvermittlung und organisatorischer Begleitung; bestehende Gruppen werden in ihrer Weiterentwicklung gefördert.

Gesellschaftliche Wirkung: Die vierte Säule des Gesundheitssystems stärken

Selbsthilfekontaktstellen leisten einen messbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgungslandschaft Berlins. Sie wirken präventiv, entlasten das professionelle Gesundheitssystem und verbessern die gesundheitliche Teilhabe – insbesondere für vulnerable Gruppen, die über klassische Versorgungswege schwer erreichbar sind. Durch die enge Vernetzung mit Stadtteilzentren, Krankenkassen und Fachkräften entstehen Synergien, die den Einzelnen wie den Sozialraum insgesamt stärken.

Mobile Stadtteilarbeit

Leitbild: Brücke zwischen Sozialraum und Stadtteilzentrum

Mobile Stadtteilarbeit geht dorthin, wo Menschen sind. Sie spricht gezielt jene an, die feste Einrichtungen nicht aufsuchen, und bringt sie in Verbindung mit den dauerhaften Angeboten der Stadtteilzentren. Damit schließt sie eine Lücke, die stationäre Infrastruktur strukturell nicht schließen kann: Sie macht das Angebot mobil, niedrigschwellig und ortsnah – auf Straßen, Plätzen, in Parks und direkt im Lebensalltag der Menschen.

Anders als die Stadtteilzentren als dauerhafte Ankerpunkte ist die Mobile Stadtteilarbeit auf gezielte, flexible Intervention ausgerichtet – als Ergänzung, nicht als Ersatz. Beide wirken zusammen: Die MOST öffnet Türen, die Stadtteilzentren halten sie offen.

Auftrag und Grundlagen

Mobile Stadtteilarbeit adressiert Menschen, die von sozialer Ausgrenzung, Isolation oder Krisen besonders betroffen sind und keinen Zugang zu herkömmlichen Hilfsangeboten finden. Das **Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit** (ab 2024) baut auf den Erfahrungen des vorangegangenen ESF-Instruments zur Unterstützung der Krisenbewältigung auf und fokussiert auf Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren.

Zielgruppen sind insbesondere:

- Bewohner*innen benachteiligter Quartiere, die sozial isoliert oder von Ausgrenzung betroffen sind
- Menschen, die durch die COVID-19-Pandemie oder gesellschaftliche Krisen (Wohnungsnot, Inflation, steigende Energiekosten) besonders belastet sind
- Menschen, die offene Angebote bislang nicht wahrnehmen oder nicht erreichen

Die Mobile Stadtteilarbeit ist eng mit dem **Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ)** verbunden: Die mobilen Teams sind in den Stadtteilzentren angesiedelt und profitieren von deren lokalem Wissen und Vernetzungen.

Die Mobile Stadtteilarbeit arbeitet eng mit der bezirklichen Stadtteilkoordination zusammen und verbindet verschiedene Akteure im Kiez. Dadurch können Angebote besser aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist es, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu erkennen und passgenaue gemeinwesenorientierte Angebote für den jeweiligen Sozialraum (Stadtteil oder Kiez) zu entwickeln. „Gemeinwesenorientiert“ bedeutet dabei, dass nicht nur einzelne Personen unterstützt werden, sondern das Zusammenleben im gesamten Quartier gestärkt wird.

Weiterführende Informationen:

- [Mobile Stadtteilarbeit – VskA Berlin](#)
- [Webseite der ESF-geförderten Mobilen Stadtteilarbeit](#)
- [Abschlussbericht der ESF-geförderten Mobilen Stadtteilarbeit](#)

Was Mobile Stadtteilarbeit leistet

Mobile Stadtteilarbeit verbindet in ihrer täglichen Arbeit vier Handlungsfelder:

- Als **aufsuchende Arbeit im Sozialraum** geht sie aktiv auf Menschen zu – durch Streetwork, mobile Beratungseinheiten (z. B. Fahrrad-Rikschas, temporäre Pavillons) und Pop-up-Angebote direkt vor Ort. Sie reduziert Barrieren wie Anfahrtswege oder Hemmschwellen gegenüber festen Einrichtungen.
- Als **niedrigschwellige Beratung und Vermittlung** unterstützt sie bei Alltagsfragen, Sozialleistungen und dem Zugang zu weiterführenden Hilfen – oft als erster Kontaktpunkt, bevor spezialisierte Angebote aufgesucht werden.
- Als **Instrument der Gemeinschaftsbildung** fördert sie nachbarschaftliche Netzwerke, Begegnung und soziale Teilhabe – durch Workshops, Spiel- und Bewegungsangebote sowie gezielte Einsamkeitsprävention und Konfliktbearbeitung.
- Als **Kooperationspartner im Sozialraum** vernetzt sie sich mit Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffpunkten, Selbsthilfekontaktstellen, Familienzentren, Schulen, Kitas und Vereinen – und stärkt so die Wirksamkeit aller Akteure im Quartier.

Förderstruktur und Programmübergang

Hinweis zum Berichtszeitraum:

Die Mobile Stadtteilarbeit wurde im Berichtszeitraum 2023/2024 aus zwei Quellen finanziert. Dies spiegelt den laufenden Übergang vom ESF-Instrument ins Landesprogramm wider und ist kein strukturelles Dauerproblem, sondern ein Merkmal dieser Aufbauphase.

Das Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit fördert 24 Projekte mit einem Fördervolumen von 3.000.000 Euro. Ergänzend werden aktuell zwölf Projekte aus dem IFP STZ mit rund 1.500.000 Euro gefördert. Mittelfristig ist in Abhängigkeit von der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers die Verlagerung dieser IFP-STZ-Projekte ins Landesprogramm vorgesehen, um finanzielle Freiräume für neue Standorte im Rahmen des EFRE-Programms Stadtteilzentren III zu schaffen.

Die Mindestausstattung pro Projekt beträgt 115.000 bis 135.000 Euro (Durchschnitt: 125.000 Euro), je nach Standort und Teamstruktur. Ein Team umfasst 1,50 bis 1,78 Vollzeitäquivalente, die u. a. diversitätsorientiert ausgerichtet sind.

Entwicklung im Berichtszeitraum 2023/2024

Hinweis zur Datenlage:

Die statistischen Kennzahlen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das Jahr 2023. Die Vollerhebung der Daten für 2024 war zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht abgeschlossen und wird im nächsten Berichtszyklus nachgeführt.

Im 4. Quartal 2023 wurden 12 Projekte aus der bisherigen REACT-EU-Förderung im IFP STZ verstetigt. Im Jahr 2024 folgten 24 weitere Projekte im Rahmen des neu aufgelegten Landesprogramms, das Senatorin Kiziltepe am 19. Februar 2024 offiziell vorstellte. Damit hat die Mobile Stadtteilarbeit im Berichtszeitraum einen bedeutenden Schritt von der projektförmigen Krisenintervention zur dauerhaften Programmstruktur vollzogen.

Standorte und Projekte

MOBILE STADTTEILARBEIT

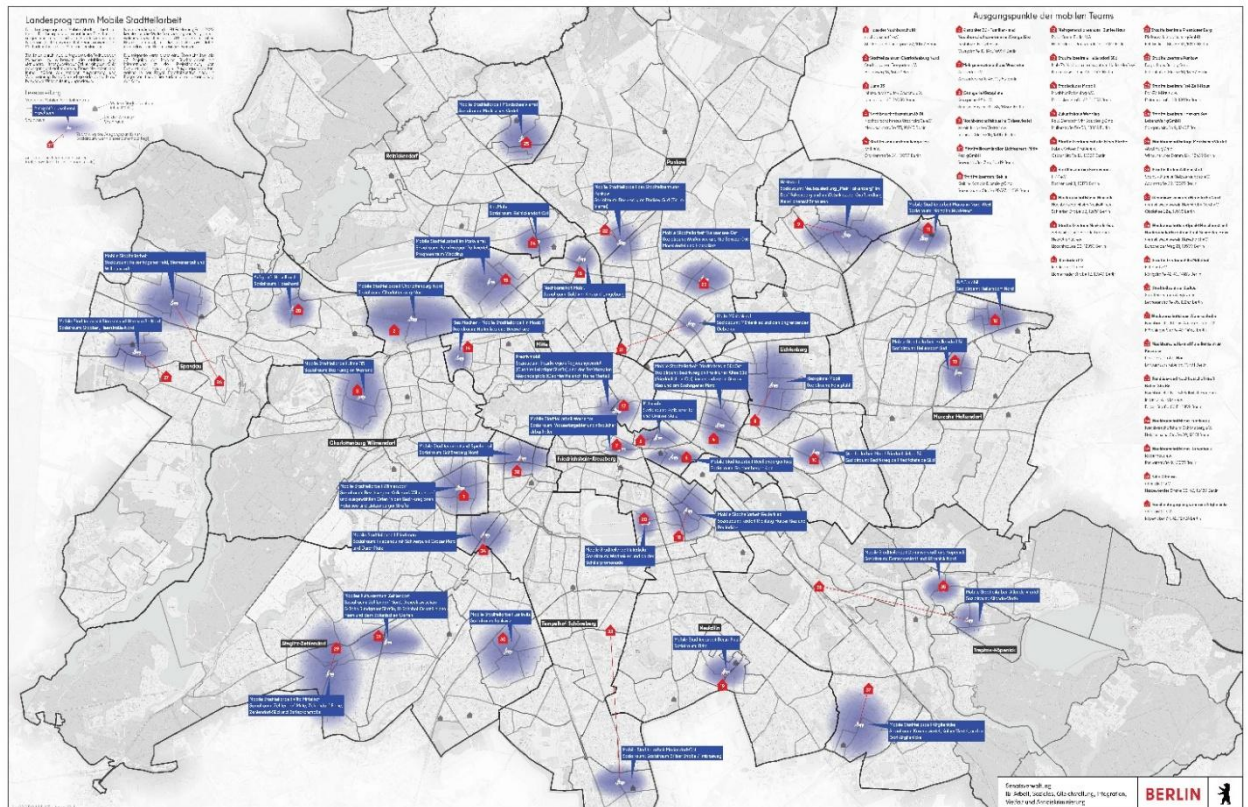


Abb. 11: Projektübersicht der Mobilen Stadtteilarbeit

Kennzahlen

Hinweis zur Datenlage:

Die Mobile Stadtteilarbeit verfügt im Berichtszeitraum noch nicht über eine wirkungsorientierte Berichterstattung, die mit der der Stadtteilzentren vergleichbar wäre. Aufgrund der Strukturierung der Sachberichte und der erst 2024 erfolgten Verstetigung im Landesprogramm war eine systematische Auswertung für diesen Bericht nicht möglich. Die Entwicklung eines entsprechenden Berichtsformats ist für den nächsten Zyklus vorgesehen.



Abb. 12: Mobile Stadtteilarbeit: Kennzahlen aus dem ESF-Vorgängerinstrument (Übergang ESF → Landesprogramm). Quelle: VskA Berlin.

Wirkung

Zur Methodik der Wirkungsdarstellung:

Die Mobile Stadtteilarbeit befindet sich im Aufbau ihrer Berichtsinfrastruktur. Eine systematische Sachberichtsauswertung analog zu den Stadtteilzentren war für diesen Berichtszeitraum noch nicht möglich. Die folgende Wirkungsdarstellung basiert daher auf den programmatischen Grundlagen des Landesprogramms sowie den vorliegenden Projektberichten. Ein vergleichbares wirkungsorientiertes Berichtsformat wird für den nächsten Zyklus entwickelt.

Barrieren abbauen – Menschen erreichen, die bisher nicht erreicht werden

Mobile Stadtteilarbeit setzt dort an, wo klassische Einrichtungen nicht hinkommen. Durch aufsuchende Formate – Streetwork, mobile Beratungseinheiten, Pop-up-Aktionen – werden Menschen angesprochen, die Hemmschwellen gegenüber festen Einrichtungen haben, wenig mobil sind oder schlicht nicht wissen, welche Angebote es gibt. Die Verringerung dieser Barrieren ist selbst eine messbare Wirkung: Wer erreicht wird, kann unterstützt werden.

Soziale Teilhabe und Gemeinschaft stärken

Mobile Stadtteilarbeit fördert Begegnung und Gemeinschaft direkt im Lebensumfeld der Menschen. Für Senior*innen bedeutet das: weniger Einsamkeit, mehr Bewegung, neue Kontakte. Für Familien und Kinder: Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten, Beratung

und Orientierung. Für Geflüchtete und Zugezogene: Sprachförderung, Integration in die Nachbarschaft, Orientierung im Quartier. Für alle: die Erfahrung, dass Kiez nicht nur Wohnort, sondern Gemeinschaft ist.

Präventiv wirken – früh und flexibel

Mobile Stadtteilarbeit erkennt Probleme früher, weil sie näher dran ist. Durch die direkte Präsenz im Sozialraum können sich abzeichnende Konflikte, soziale Notlagen oder Bedarfe schneller identifiziert und an geeignete Stellen weitervermittelt werden. In Krisenzeiten – Pandemie, Inflation, Wohnungsnot – kann das mobile Format besonders schnell reagieren und bedarfsgerecht angepasst werden.

Gesamtstädtische Projekte

Ergänzend zu den zwei zentralen Säulen des IFP STZ – Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen – sowie dem komplementären Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit fördert das Infrastrukturförderprogramm gesamtstädtische Projekte, die eine Querschnittsfunktion übernehmen:

- Sie bearbeiten **projektübergreifende Themen und Bedarfe**, die alle Einrichtungen betreffen, die aber von einzelnen Trägern allein nicht gestemmt werden können.
- Sie **entwickeln fachliche Standards, erproben neue Ansätze** und **schließen strukturelle Lücken** – und stärken damit das gesamte Programm.

Im Berichtszeitraum 2023/2024 bildeten Barrierefreiheit und inklusive Öffnung den inhaltlichen Schwerpunkt.

Redaktioneller Hinweis:

Die nachfolgenden Projektbeschreibungen sind Beiträge des Landesverband Berlin – Verband für sozial-kulturelle Arbeit.

Auch in den Jahren 2023 und 2024 wurde die Förderung von Barrierefreiheit als zentrales Querschnittsthema im Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren gezielt weiterverfolgt. Ziel ist es, die Teilhabe aller Menschen im Sozialraum dauerhaft zu verbessern und Stadtteilzentren konsequent als offene Orte für alle zu stärken. Vor diesem Hintergrund rückte die sozialraumbezogene Teilhabe von Menschen mit besonderen Teilhabebedarfen verstärkt in den Fokus. Zentrale Schwerpunkte bildeten dabei die Projekte „Stadtteilzentren inklusiv!“ und "Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement" sowie der fachliche Austausch mit dem zuständigen Fachreferat, um konkrete Maßnahmen zur Umsetzung inklusiver Standards in Berlin systematisch voranzubringen.

Stadtteilzentren Inklusiv

Beitrag des Landesverband Berlin – Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Viele Stadtteilzentren stehen vor der Herausforderung, fehlende Barrierefreiheit, begrenzte Ressourcen und ein unzureichendes Bewusstsein für (un)sichtbare Barrieren zu bewältigen. Gleichzeitig wächst der Bedarf an fachlicher Beratung, qualifizierenden Angeboten und praxisnahen Lösungsansätzen. Mit der erstmaligen Finanzierung im Infrastrukturförderprogramm im Jahr 2024 wurde deutlich, dass die politische Bedeutung dieses Themas erkannt wurde. Dies ermöglicht erstmals eine kontinuierliche Weiterführung und Vertiefung der inklusiven Öffnungsprozesse – ein zentraler Faktor, um nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

Das Projekt „Stadtteilzentren inklusiv!“ verfolgt das Ziel, Berliner Stadtteilzentren langfristig inklusiv auszurichten und Barrieren für Nachbar*innen abzubauen – insbesondere für Menschen mit Behinderungen und andere von Teilhabe ausgeschlossene Gruppen. Damit leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Berliner Gemeinwesenarbeit und zur Umsetzung inklusiver Standards im Sozialraum.

Zentrale Wirkungen

1. Inklusive Weiterentwicklung der Stadtteilzentren

Mit dem modularen Evaluationsprozess „RealitätsCheck Inklusion“ kann an die bereits durchgeführten 41 Prozesse in 37 Stadtteilzentren und Selbsthilfe-Kontaktstellen angeknüpft werden. Durch partizipative Bestandsaufnahmen, Maßnahmenentwicklung und kontinuierliche Prozessbegleitung entstehen praxisorientierte Lösungen, die unmittelbar den Besucher*innen zugutekommen. Orientierungssysteme, barrierefreie Webseiten und angepasste Veranstaltungsformate zeigen erste spürbare Wirkung.

2. Stärkung der Selbstvertretung

Ein Schwerpunkt ist die enge Zusammenarbeit mit Expert*innen in eigener Sache. Sie bringen ihre Perspektiven ein, gestalten Maßnahmen mit und vertreten ihre Anliegen in bezirklichen Netzwerken. Dadurch werden sowohl die Einrichtungen als auch politische Teilhabestrukturen gestärkt.

3. Qualifizierung und Fachwissen im Sozialraum

Die hohe Nachfrage nach Schulungen – u. a. zu digitaler Barrierefreiheit, Leichter Sprache und Gebärdensprache – zeigt den Bedarf in der Praxis. Ergänzend unterstützen der „Medien-Koffer Barrierefreiheit“ sowie Arbeitshilfen wie „Kiezspaziergänge für alle“ die Einrichtungen bei der Umsetzung konkreter inklusiver Maßnahmen.

4. Sichtbarkeit und Vernetzung

Durch Kooperationen mit Bezirksverwaltungen, BVG, Selbstvertretungsorganisationen und weiteren Akteur*innen werden Barrierefreiheit und Inklusion im Sozialraum verstärkt sichtbar. Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen und Aktionstage tragen zusätzlich zur Sensibilisierung bei.

5. Mehr Teilhabe im Alltag der Stadtteilzentren

Die wachsende Barrierefreiheit führt dazu, dass mehr Menschen Angebote wahrnehmen und sich aktiv einbringen. Ein Besucher mit Sehbehinderung beschreibt die Wirkung so:

„Früher blieb ich an der Tür stehen. Jetzt weiß ich, wo ich langgehen muss, und werde willkommen geheißen.“

Mit der Senatsförderung 2024 ist ein wichtiger Schritt zur Verstetigung gelungen. Um die erreichten Fortschritte dauerhaft abzusichern, braucht es jedoch mehr:

- langfristige finanzielle Strukturen, damit inklusive Entwicklungen in allen Stadtteilzentren realisiert werden können
- sensibilisierte Verwaltungen, die Zuständigkeiten klarer abbilden und inklusive Standards berücksichtigen
- Ausbau barrierefreier Öffentlichkeitsarbeit, besonders digital
- Stärkung sozialräumlicher Kooperationen zur nachhaltigen Verankerung von Barrierefreiheit und Teilhabe

Das Projekt hat sich als zentrale Unterstützung für Stadtteilzentren etabliert. Die politische Anerkennung durch die erstmalige Finanzierung ab 2024 setzt ein deutliches Signal und schafft die notwendige Kontinuität, um inklusive Öffnungsprozesse in der Breite voranzutreiben. „Stadtteilzentren inklusiv!“ stärkt Stadtteilzentren, Selbstvertretung und sozialräumliche Teilhabe – und benötigt eine langfristige Perspektive, um diese positive Entwicklung fortzuführen.

Weiterführende Informationen:

- [Projekt Stadtteilzentren inklusiv](#)

Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement

Beitrag des Landesverband Berlin – Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Viele Menschen mit Behinderungen erleben im Berliner Alltag weiterhin erhebliche Barrieren: Informationen sind schwer zugänglich, Angebote im Sozialraum nicht ausreichend inklusiv gestaltet und Unterstützungsstrukturen oft fragmentiert. Gleichzeitig stehen Bezirke und Teilhabefachdienste vor der Herausforderung, sozialraumorientierte Ansätze unter Bedingungen hoher Fallzahlen und begrenzter Ressourcen umzusetzen. Mit der Pilotphase des Projekts „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ in 2024 wurde erstmals ein Modell erprobt, das individuelle Teilhabeberatung systematisch mit struktureller Sozialraumentwicklung verbindet. Damit wird ein zentraler Anspruch des Bundesteilhabegesetzes praktisch eingelöst: Teilhabe nicht nur zu planen, sondern im Sozialraum konkret erfahrbar zu machen. Das Projekt „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ wird gefördert aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds Plus) und des Landes Berlin und in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung umgesetzt.

Das Projekt verfolgt das Ziel, die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern und inklusive Strukturen in Berliner Bezirken zu stärken. Kern des Ansatzes ist der Einsatz von Inklusionsberater*innen, die aus Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern heraus tätig sind. Sie beraten und begleiten Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen und wirken zugleich darauf hin, Barrieren im Sozialraum sichtbar zu machen, Netzwerke zu aktivieren und inklusive Veränderungen anzustoßen. Die Pilotphase im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg diente dazu, dieses Modell praxisnah zu erproben und Erkenntnisse für eine berlinweite Ausweitung ab 2025 zu gewinnen.

Zentrale Wirkungen

1. Verbesselter Zugang zu Teilhabe im Sozialraum

Durch individuelle Beratung, Begleitung und niedrigschwellige Präsenz im Kiez konnten Menschen mit Behinderungen besser über bestehende Angebote informiert und bei deren Nutzung unterstützt werden. Die Verbindung von Beratung im Stadtteilzentrum und

aufsuchender Arbeit reduzierte Zugangsbarrieren und trug zur Verringerung sozialer Isolation bei.

2. Verknüpfung von individueller Unterstützung und struktureller Entwicklung

Das Projekt verbindet personenbezogene Maßnahmen mit Sozialraumanalysen, Maßnahmenplanung und Sensibilisierung lokaler Akteur*innen. Dadurch entstehen konkrete Verbesserungen, etwa in der barrierefreien Gestaltung von Nachbarschaftshäusern, in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Zugänglichkeit von Freizeit- und Begegnungsangeboten.

3. Stärkung von Empowerment und Selbstvertretung

Menschen mit Behinderungen werden als Expert*innen in eigener Sache aktiv einbezogen. Ihre Erfahrungen fließen in Kiezspaziergänge, Veranstaltungen und Beratungsprozesse ein und stärken sowohl individuelle Selbstwirksamkeit als auch kollektive Sichtbarkeit von Teilhabeansprüchen im Sozialraum.

4. Qualifizierung und Vernetzung im Bezirk

Die enge Zusammenarbeit mit Stadtteilzentren, Teilhabefachdiensten, Selbstvertretungsorganisationen und weiteren lokalen Akteur*innen fördert ein gemeinsames Verständnis von Inklusion. Sozialräumliches Wissen wird gebündelt und für die Teilhabeplanung nutzbar gemacht.

5. Sichtbarkeit inklusiver Anliegen im Alltag

Durch Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen im Kiez und fachlichen Austausch werden Barrieren thematisiert und Inklusion als Querschnittsaufgabe im Bezirk verankert. Erste Veränderungen zeigen, dass Teilhabe dort wächst, wo Strukturen offen, verlässlich und partizipativ gestaltet sind. Eine ratsuchende Person formuliert es so:

„Ich habe nicht mehr das Gefühl, allein nach passenden Angeboten suchen zu müssen – im Kiez gibt es jetzt Ansprechpersonen.“

Das Projekt hat sich in der Pilotphase als wirksamer Ansatz zur Förderung inklusiver Sozialräume erwiesen. Es stärkt Menschen mit Behinderungen, qualifiziert Fachpraxis und leistet einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung einer teilhabeorientierten Berliner Stadt- und Gemeinwesenarbeit. Eine langfristige Perspektive ist entscheidend, um diese positiven Impulse dauerhaft im Sozialraum zu verankern.

Hinweis zur Finanzierung: Das Projekt „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ wird zusätzlich aus ESF+-Mitteln gefördert.

Weiterführende Informationen:

- Projekt Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement

Vertiefung

Das Kapitel beleuchtet zentrale Entwicklungen und Erfahrungen der geförderten Einrichtungen sowie des Fachbereichs des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren im Berichtszeitraum 2023–2024. Die folgenden Artikel zeigen, wie die Einrichtungen und das Programm auf Herausforderungen reagiert, ihre Arbeitsweisen weiterentwickelt und Impulse für die künftige Gestaltung der Stadtteilzentren gesetzt haben:

Wirkungsorientierte Berichterstattung

Überarbeitung der Sachberichte und Optimierung der Berichtsstrukturen für mehr Transparenz und Fokus auf Wirkung.

Richtwerte für Stadtteilzentren

Ein neues Planungsinstrument für die soziale Infrastruktur.

Von der Coronakrise in die Polykrise

Wie Stadtteilzentren aus der Pandemie gelernt haben und auf neue gesellschaftliche Krisen reagieren.

Netzwerk der Wärme

Rückblick auf das Programm und die nachhaltige Verankerung von Ernährungsthemen und niedrigschwelliger Begegnung.

Projektimmobilien

Aktuelle und künftige Herausforderungen beim Immobilienerhalt und Strategien für langfristige Raumsicherung.

Sichtbarkeit und Zugänglichkeit

Zentralisierung von Informationen und neue digitale Angebote für Träger und die Öffentlichkeit.

Wirkungsorientierte Berichterstattung

Was bedeutet Wirkungsorientierung?

Wirkungsorientierung bedeutet, dass Arbeit nicht nur danach bewertet wird, was getan wurde – sondern vor allem danach, was dadurch bei den Menschen verändert wurde. Im Mittelpunkt steht also nicht die Maßnahme selbst, sondern die Frage:

Was hat sich für die Menschen im Stadtteil verändert – und welchen Beitrag hat die Stadtteilarbeit dazu geleistet?

Wirkung zeigt sich auf vielen Ebenen: in Begegnungen, gestärktem Selbstvertrauen, neuen Beteiligungsmöglichkeiten oder dem Gefühl, dazuzugehören. Wirkungsorientierte Berichterstattung nimmt genau diese Veränderungen in den Blick – sie dokumentiert nicht nur, was stattgefunden hat, sondern auch, was es bewirkt hat. So wird aus einer formalen Berichtspflicht ein Instrument zur Anerkennung, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung.

Wo ist Wirkungsorientierung verankert?

Die **Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren** bildet die gemeinsame Grundlage für die geförderte Stadtteilarbeit in Berlin. In § 2 Absatz 1 heißt es:

(1) Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung kommt mit der Förderung der Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen sowie übergreifender bzw. qualitätsunterstützender Projekte ihrer Aufgabe nach, wichtige gesamtstädtische Rahmenbedingungen für tragfähige Strukturen der sozialen Daseinsvorsorge durch eine **wirkungsorientierte**, professionelle und bedarfsgerechte Stadtteilarbeit zu schaffen. Ziel ist es, Potenziale der Bewohnerinnen und Bewohner zu mobilisieren sowie Bürgerschaftliches Engagement aktiv unterstützten und damit aktive Nachbarschaften, lebendige Kieze und stabile Sozialstrukturen als Voraussetzungen für Demokratie und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Wirkungsorientierung ist also nicht nur ein methodischer Ansatz, sondern Teil des Förderverständnisses – mit dem Ziel, Stadtteilarbeit als Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, Teilhabe und Demokratieentwicklung sichtbar und wirksam zu gestalten.

Warum ist Wirkungsorientierung in der Stadtteilarbeit so wichtig?

Stadtteilarbeit verfolgt das Ziel, die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern, Nachbarschaften zu stärken und soziale Teilhabe zu fördern. Eine wirkungsorientierte Ausrichtung bedeutet dabei: Es geht nicht nur um das Schaffen von Angeboten, sondern darum, dass diese Angebote konkrete Veränderungen im Leben von Menschen anstoßen – im Kleinen wie im Großen.

Zentrale Elemente einer wirkungsorientierten Praxis sind:

- **Bedarfsorientierung:** Maßnahmen basieren auf den realen Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen vor Ort.
- **Ressourcenstärkung:** Die Fähigkeiten, Erfahrungen und das Engagement der Bewohner*innen werden einbezogen und gefördert.
- **Nachhaltigkeit:** Es geht darum, langfristig tragfähige Strukturen zu schaffen, die soziale Stabilität und Teilhabe stärken.
- **Lernen und Weiterentwicklung:** Feedback, Reflexion und der Blick auf Wirkung helfen dabei, Stadtteilarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wie wird die Wirkung der Stadtteilarbeit erfasst? – Die Wirkungstreppe als Werkzeug

Um Wirkung besser sichtbar zu machen, nutzen wir die sogenannte Wirkungstreppe. Sie unterscheidet zwischen dem, was stattfindet (Output), und dem, was dadurch bewirkt wird (Outcome und Impact). Wirkung entsteht dabei oft schrittweise – nicht immer direkt, aber immer bedeutsam.

Stufe	Kategorie	Worum geht's?	Wie kann das sichtbar gemacht werden?
1	Output	Aktivitäten finden wie geplant statt.	Anzahl der Angebote, Veranstaltungen etc.
2	Output	Zielgruppen werden erreicht.	Anzahl der Teilnehmenden
3	Output	Zielgruppen akzeptieren das Angebot.	Rückmeldungen, Feedback
4	Outcome	Direkte Veränderung: Fähigkeiten, Haltungen oder Befinden verändern sich.	Beobachtungen, Anekdoten, ggf. Daten

5	Outcome	Indirekte Veränderung: Verhalten verändert sich.	Anekdoten, qualitative Hinweise
6	Outcome	Langfristige Veränderung: Lebensumstände verbessern sich.	Erfahrungsberichte, Rückmeldungen über Zeit
7	Impact	Gesellschaftliche Wirkung: Strukturen oder Zusammenleben verändern sich.	schwer direkt messbar, zeigt sich übergreifend

Die unteren Stufen (1-3) beschreiben, was stattgefunden hat – z. B. welche Angebote gemacht wurden und wer daran teilgenommen hat. Die oberen Stufen (4-7) rücken in den Fokus, was sich dadurch verändert hat – in der Lebenssituation einzelner Personen, in der Nachbarschaft oder auf gesellschaftlicher Ebene.

Dabei ist klar: Nicht jede Wirkung lässt sich in Zahlen messen – aber vieles lässt sich in qualitativen Berichten nachvollziehen. Gerade bei den Veränderungen bei Einzelpersonen, der Lebenslage mehrerer Menschen im Kiez oder dem Bezirk sind es oft die persönlichen Geschichten, kleinen Wendepunkte oder beobachtbaren Entwicklungen, die Wirkung am besten sichtbar machen.

Sachberichte – mehr als nur Pflicht

Die jährlichen Sachberichte sind ein wichtiger Teil der Zuwendungsförderung, die Träger der Stadtteilzentren erhalten. Die Sachberichte dokumentieren, was im Berichtszeitraum mit den eingesetzten Mitteln umgesetzt und erreicht wurde – und nun auch, welche Veränderungen damit angestoßen wurden.

In der Vergangenheit lag der Fokus häufig auf Input und Output: Was wurde gemacht? Wie viele Menschen waren da? Doch genau hier setzt der Veränderungsprozess an.

Gemeinsam weiterentwickelt – mit Trägern und externer Unterstützung

Gemeinsam mit den Trägern der Stadtteilarbeit und einem externen Dienstleister wurden die Sachberichte wirkungsorientiert überarbeitet. Ziel war es, die Berichte nicht nur verständlicher und nutzbarer zu machen, sondern auch Raum für das zu schaffen, was wirklich zählt: die Wirkung vor Ort.

Im Prozess ...

- wurden unklare oder doppelte Berichtspflichten identifiziert und reduziert,
- Inhalte zusammengeführt und vereinfacht,
- wurde der Fokus auf Wirkung (Outcome & Impact) gestärkt,
- den Trägern mehr Spielraum eingeräumt, selbst Schwerpunkte zu setzen und das zu berichten, was ihnen wichtig ist.

Geschichten, die berühren

Ein besonderes Element sind die Anekdoten – kleine Geschichten und Situationen, in denen sichtbar wird, wie Stadtteilarbeit bei Menschen etwas in Bewegung setzt. Diese Erfahrungen geben den Zahlen ein Gesicht – und zeigen, wie viel Kraft in den alltäglichen Begegnungen und Aktivitäten der Stadtteilzentren steckt.

Der Jahresbericht im Wandel – Wirkung sichtbar machen

Mit der Überarbeitung der Sachberichte verändert sich auch der Jahresbericht des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren.

Es wird nicht nur dokumentiert, was stattgefunden hat, sondern vor allem, was sich dadurch verändert hat. Der Jahresbericht wird um die Perspektiven von Outcome und Impact erweitert und damit zu einem lebendigen Spiegel der Wirkung der Stadtteilarbeit in Berlin. Er zeigt:

- wo Teilhabe gefördert wurde,
- wo Nachbarschaften gewachsen sind,
- und wie Stadtteilzentren zu Orten geworden sind, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt spürbar ist.

Hinweis:

Die Berichterstattung erfolgt gemäß den verbindlichen Standards des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, die u. a. Turnus, Gestaltung und inhaltliche Schwerpunkte umfassen. Die vollständigen Standards sind dokumentiert im Kapitel „Standards der Berichterstattung“.

Richtwerte für Stadtteilzentren: Ein neues Planungsinstrument für die soziale Infrastruktur

Lange fehlte der Berliner Stadtteilarbeit, was Bibliotheken, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen längst haben: eine verbindliche Planungsgrundlage, die sicherstellt, dass soziale Einrichtungen beim Wachstum der Stadt mitgedacht werden. Mit den Senatsbeschlüssen zur „Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur der gesamtstädtischen und sozialraumorientierten Stadtteilarbeit im Land Berlin in Verbindung mit quantitativen Planungs- und Orientierungsrichtwerten für Einrichtungen der Stadtteilarbeit“ (Senatsbeschlüsse Nr. S-367/2023 vom 12.09.2023 und S-834/2024 vom 27.02.2024) wurde diese Lücke geschlossen. Der Fachbereich IFP STZ hat damit erstmals ein Instrument in der Hand, das die Bedarfsplanung für Stadtteilzentren auf eine verlässliche, vergleichbare Grundlage stellt.

Die Entstehung der Stadtteilzentren-Richtwerte

Der Anstoß kam aus der Praxis: Stadtteilzentren entstanden historisch oft dort, wo Engagement und Gelegenheit zusammentrafen – nicht unbedingt dort, wo der Bedarf am größten war. Mit dem starken Wachstum des Programms und dem Anspruch einer gesamtstädtischen Steuerung wuchs der Bedarf an einer systematischen Grundlage. Der Fachbereich beauftragte daher eine Studie, die ein Benchmarking mit anderen Städten vornahm und die Versorgungslage der Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftseinrichtungen untersuchte.



Abb. 13: Vergleichende Evaluation der Einrichtungen und Angebote der Stadtteilarbeit in Berlin (empirica, Endbericht).

Das Ergebnis: ein Flächenrichtwert von mindestens 10 m² Nutzfläche pro 1.000 Einwohner*innen auf Ebene der Bezirksregionen – ergänzt durch die Vorgabe, dass es in jedem der 58 Prognoseräume mindestens ein Stadtteilzentrum geben soll. Der Senat hat diese Richtwerte im September 2023 beschlossen und damit ein Signal gesetzt: Stadtteilarbeit ist Daseinsvorsorge – und wird entsprechend geplant.

Was die Richtwerte leisten

Die Richtwerte sind kein starres Raster, sondern ein differenziertes Instrument. Je nach vorhandener Konstellation in der Bezirksregion steigen die Anforderungen:

Konstellation der Bezirksregion		Richtwert
Enthält ein IFP STZ gefördertes Stadtteilzentrum:	Ist Teil eines GI- Handlungsraums:	
nein	nein	10 m ² pro 1.000 Einwohnende je BZR
ja	nein	12 m ² pro 1.000 Einwohnende je BZR
nein	ja	13 m ² pro 1.000 Einwohnende je BZR
ja	ja	15 m ² pro 1.000 Einwohnende je BZR

Die Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative (GI) bezeichnet dabei Quartiere mit besonderem sozialräumlichem Förderbedarf. Wo also Benachteiligung und bestehende Infrastruktur zusammentreffen, ist der Flächenbedarf am höchsten – das ist sozialpolitisch bewusst so gedacht.

Formel: Nutzfläche (m²) = (Einwohner*innen in der Bezirksregion / 1.000) × Richtwert

Die Bezirksregionen gehören zu den Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) – dem räumlichen Referenzsystem für soziale Planung in Berlin. Es gibt 58 Prognoseräume (obere Ebene), 143 Bezirksregionen (mittlere Ebene) und 542 Planungsräume (unterste Ebene). Die Richtwerte setzen auf der mittleren Ebene an – präzise genug für konkrete Bedarfsaussagen, groß genug für gesamtstädtische Steuerung.

Was sich dadurch verändert hat

Mit dem Beschluss hat sich die Rolle des Fachbereichs verändert. Er ist nun aktiv in die Berliner Soziale Infrastrukturplanung eingebunden: in die Sozialen Infrastrukturkonzepte (SIKo), in den SoFIS/SIKo-Austausch und in die Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung (SIIP). Das Soziale Infrastruktur-Flächeninformationssystem (SoFIS) dient dabei als gemeinsames Daten- und Planungsinstrument – der Fachbereich stellt dafür aktiv Standortdaten der Stadtteilzentren bereit.

Konkret bedeutet das: Wenn ein Bezirk ein neues Wohnquartier plant oder ein Stadtentwicklungsgebiet ausgewiesen wird, können die Bedarfe für Stadtteilzentren jetzt

systematisch mitberechnet und in die Planung eingebracht werden. Die Richtwerte schaffen damit die Grundlage dafür, dass soziale Infrastruktur nicht mehr nachträglich ergänzt, sondern von Anfang an mitgedacht wird.

Offene Fragen und nächste Schritte

Die Richtwerte sind ein Anfang – aber noch kein vollständiges Steuerungssystem. Welche Bezirksregionen konkret wie versorgt sein müssen, wird in einem nächsten Schritt gemeinsam mit den Bezirken erarbeitet. Ab dem Haushaltsjahr 2028/2029 soll der ermittelte Bedarf auf Ebene der Prognoseräume abgebildet werden; ergänzend ist eine Fachplanung für einzelne Bezirksregionen in Kooperation mit den Bezirken vorgesehen.

Eng damit verknüpft ist das Ziel, mit allen Bezirken Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, um die gesamtstädtische Förderung mit bezirklicher Fachplanung zu verzahnen. Mehrere Bezirke haben diesen Weg bereits eingeschlagen. Wenn das flächendeckend gelingt, wäre langfristig sogar ein gesamtstädtisch übergreifender Rahmenfördervertrag denkbar, der Land, Wohlfahrtsverbände und Bezirke gemeinsam in die Pflicht nimmt.

Weiterführende Informationen:

- [Pressemitteilung zum Senatsbeschluss der Richtwerte](#)
- [Abschlussbericht: Stärkung der Stadtteilzentren \(Drucksache 19/2419\)](#)
- [Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative](#)
- [Lebensweltlich orientierte Räume \(LOR\) in Berlin - Berlin.de](#)
- [SoFIS - Soziales Infrastruktur-Flächeninformationssystem](#)
- [SIIP - Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung](#)

Von der Coronakrise in die Polykrise - Wie Stadtteilzentren Nachbarschaften stärken

Die Stadtteilzentren in Berlin standen im Berichtszeitraum 2023/2024 vor einer Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderungen, die sich aus den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und den sich überschneidenden Krisen der letzten Jahre ergeben. Isolation, psychische Belastungen, finanzielle Unsicherheit und wachsende gesellschaftliche Spannungen prägen die Lebensrealität vieler Nachbarinnen und Nachbarn. Die Pandemie hat die sozialen Strukturen in den Nachbarschaften nachhaltig verändert: Besuchszahlen in den Stadtteilzentren sanken aufgrund der Coronamaßnahmen zeitweise dramatisch, während gleichzeitig das freiwillige Engagement deutlich zunahm. Stadtteilzentren fungierten in dieser Phase sowohl als Anlaufstellen für Menschen, die Unterstützung und Begegnung suchten, als auch als Orte, an denen Nachbarinnen und Nachbarn sich einbringen und ihr Engagement entfalten konnten – ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Selbstwirksamkeit und sozialer Teilhabe.

In den letzten Jahren haben sich die Herausforderungen weiter verschärft. Steigende Lebenshaltungskosten, Altersarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse und fehlender bezahlbarer Wohnraum treffen besonders Menschen in benachteiligten Quartieren. Stadtteilzentren berichten, dass viele ältere Menschen oder Menschen in prekären Lebenssituationen direkte Hilfe benötigen, etwa beim Zugang zu Lebensmitteln, Beratung oder Freizeitangeboten. Gleichzeitig wächst die Nachfrage nach niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten.

Weitere Belastungsfaktoren spiegeln sich in sozialen und politischen Entwicklungen wider: Migration, Rassismus, Polarisierung in der Gesellschaft sowie Unsicherheiten durch Krisen auf globaler Ebene wirken sich direkt auf das Miteinander im Kiez aus. Stadtteilzentren beobachten vermehrt, dass Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, um ihre Sorgen, Ängste und Konflikte zu bearbeiten. Sie übernehmen hier eine doppelte Rolle: als Anlaufstellen für direkte Hilfe und als Orte der Stärkung demokratischer Werte, interkultureller Begegnung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Menschen suchen häufig spontan Rat, Austausch oder einfach ein offenes Ohr – oft mehrmals wöchentlich. Diese Gespräche bieten Einsicht, Trost und stärken die Menschen in ihrer Lebenssituation. Zugleich steigt die Nachfrage nach Angeboten zur Demokratieförderung, interreligiösen Begegnungen und Trainings gegen menschenfeindliche Tendenzen. Niedrigschwellige Formate ermöglichen es Nachbarinnen

und Nachbarn, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und aktiv im Kiez mitzuwirken. Die wachsende Unsicherheit und Belastung zeigt sich zudem in Konflikten zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen, in Überforderung bei Anträgen, digitalen Prozessen oder der Wohnraumsuche.

Die Stadtteilzentren begegnen diesen Herausforderungen mit einem Bündel an Strategien. Sie fördern Resilienz in der Nachbarschaft, machen niedrigschwellige Bildungs- und Begegnungsangebote und setzen auf präventives Handeln, um Konflikte und Isolation zu vermeiden. Hausordnungen, klare organisatorische Abläufe, Vorgespräche bei Gruppenangeboten und die Definition von „roten Linien“ gegen diskriminierendes Verhalten schaffen sichere Räume für alle. Fachliche Begleitung, Supervision und kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeitenden sichern die Qualität und Sensibilität der Arbeit.

Kooperation und Vernetzung spielen dabei eine zentrale Rolle: Stadtteilzentren tauschen sich untereinander aus, teilen Ressourcen, arbeiten mit Ehrenamtlichen, Initiativen und anderen Einrichtungen zusammen. So lassen sich akute Bedarfe gezielt adressieren, innovative Projekte umsetzen – von Ernährungs- und Selbsthilfeangeboten bis hin zu Bildungs- und Begegnungsformaten.

Die Erfahrungen der Stadtteilzentren zeigen: Die Arbeit im Quartier erfordert ein hohes Maß an Resilienz, Handlungsgeschick und situativer Flexibilität, zugleich aber auch präventive Ansätze, um langfristig stabile Strukturen und vertrauensvolle Beziehungen in den Nachbarschaften zu sichern.

Abschließend wird deutlich: Stadtteilzentren tragen entscheidend dazu bei, dass Nachbarschaften offen, solidarisch, resilient und lebendig bleiben. Verlässliche Finanzierung und stabile Rahmenbedingungen sind dabei unverzichtbar, um diese Strukturen dauerhaft zu sichern und die Stadtteilzentren selbst als sichere Anker in den Kiezen zu stärken.

Vom Netzwerk der Wärme zur Verankerung von Ernährungsthemen und niedrigschwelliger Begegnung in den Projekten

Das Netzwerk der Wärme wurde Ende 2022 vom Berliner Senat im Rahmen eines umfangreichen Entlastungspakets ins Leben gerufen. Ziel war es, Berliner*innen angesichts steigender Lebenshaltungskosten und Energiepreise gut durch den Winter zu begleiten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Mit insgesamt 25,8 Millionen Euro wurden Orte der Begegnung, des Austauschs und der Unterstützung gefördert – darunter auch viele Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser und Bibliotheken. Das Netzwerk schuf Räume, in denen Menschen Wärme nicht nur im wörtlichen, sondern auch im übertragenen Sinn erfahren konnten: Gemeinschaft, Solidarität und gegenseitige Hilfe.

Das Netzwerk der Wärme hat in den Jahren 2022 und 2023 viele Türen geöffnet – und bleibende Spuren hinterlassen. Was zunächst als Reaktion auf ansteigende Lebenshaltungskosten und den Wunsch nach solidarischem Zusammenhalt begann, hat nachhaltige Strukturen geschaffen, die weit über die Projektlaufzeit hinauswirken.

In den Stadtteilzentren und Nachbarschaftstreffs hat gemeinsames Kochen und Essen neue Formen des Miteinanders hervorgebracht. Als das Projekt im Jahr 2024 endete, wurde deutlich, wie wichtig diese alltäglichen Begegnungen geworden waren: Die gemeinsame Mahlzeit war nicht nur ein warmes Essen, sondern ein Moment der Verlässlichkeit, Nähe und Gemeinschaft. Die entstandene Lücke führte vielerorts zu neuen Ideen und Eigeninitiativen. So starteten Nachbar*innen eigene Kochgruppen, organisierten gemeinsame Essen und knüpften neue Verbindungen – niedrigschwellig, solidarisch und getragen vom Willen, das Zusammenleben aktiv zu gestalten.²⁹

Auch an anderen Standorten wurde Ernährung zu einem zentralen Thema sozialer Teilhabe. Im Nachbarschaftstreff Waschhaus-Café in der Gropiusstadt entwickelte sich aus dem Netzwerk der Wärme heraus ein dauerhaftes Modell nachhaltiger Lebensmittelsicherung. Ein Kühlschrank, zunächst als Teil des Projekts angeschafft, wurde zur Ressource für Lebensmittelverteilung, zur Drehscheibe für Kooperationen mit Foodsharing-Initiativen und zu einem Symbol gelebter Nachhaltigkeit. Daraus entstand ein Netz von Verteilstationen, Workshops und Bildungsangeboten, die den bewussten Umgang mit Lebensmitteln fördern.³⁰

²⁹ Nachbarschaftstreff im Olof-Palme-Zentrum

³⁰ Stadtteilzentrum Neukölln Süd, Nachbarschaftstreff Waschhaus-Café

Inzwischen haben sich in vielen Stadtteilzentren ähnliche Strukturen etabliert: Orte, an denen Lebensmittel gerettet, geteilt und gemeinsam verarbeitet werden. Diese Angebote sind weit mehr als nur ein Beitrag zu Nachhaltigkeit – sie sind ein sozialer Rettungsanker. Besonders für ältere Menschen mit geringen Renten und für Menschen in prekären Lebenslagen sind sie eine wichtige Möglichkeit, an gesunde und bezahlbare Lebensmittel zu kommen. Die Ehrenamtlichen, die diese Initiativen tragen, leisten damit nicht nur praktische Hilfe, sondern auch einen wertvollen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt: Sie hören zu, vermitteln Kontakte und schaffen Würde im Alltag.^{31, 32}

Ergänzt durch Kochgruppen, Ernährungsworkshops und Beratung zu gesunder Ernährung mit kleinem Budget entstehen so neue Lern- und Begegnungsräume. Ernährung wird zu einem verbindenden Thema, das Generationen, Kulturen und Lebenswelten zusammenführt – beim gemeinsamen Mittagstisch, im offenen Café oder bei spontanen Kochaktionen. Viele Besucher*innen kommen regelmäßig wieder, weil sie sich willkommen fühlen und wissen, dass sie nicht allein sind.^{33, 34}

Diese Entwicklung zeigt eindrucksvoll, wie politische Initiativen und Investitionen in die Stadtteilarbeit wirken können: Sie werden in den Einrichtungen aufgegriffen, an lokale Bedarfe angepasst und in dauerhafte Strukturen überführt. Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser fungieren dabei als Katalysatoren gesellschaftlicher Veränderung – sie übersetzen politische Programme in lebendige Nachbarschaft, schaffen Zugänge, Vertrauen und Verbindlichkeit. So wird aus kurzfristiger Förderung nachhaltige Wirkung im Kiez – und aus Wärme wird Zusammenhalt.

Weiterführende Informationen:

- [Offizielle Website des Netzwerks der Wärme](#)
- [Pressemitteilung zum Netzwerk der Wärme](#)
- Weiterführende Informationen zum Thema [Foodsharing auf Berlin.de](#)
- [Übersicht der Verteilerstationen \(www.verbraucherzentrale-berlin.de\)](#)
- Zur Initiative [Foodsharing \(foodsharing.de\)](#) und deren [Übersichtskarte](#)

³¹ Nachbarschaftsladen Leonie (Stadtteilzentrum SüdOst)

³² Mehrgenerationenhaus Wassertor

³³ Mehrgenerationenhaus Wassertor

³⁴ Nachbarschaftstreff im Olof-Palme-Zentrum

Projektimmobilien: Herausforderungen und Strategien

Die Nutzung von Immobilien für Stadtteilzentren wird zunehmend zur Herausforderung. Während ältere Einrichtungen häufig noch über günstige Mietverträge verfügen oder bezirks- oder landeseigene Immobilien nutzen, müssen neue Einrichtungen zunehmend Marktpreise für Gewerbeimmobilien zahlen. Viele neue Einrichtungen sind zudem angemietet und nicht Teil eines öffentlichen Fachvermögens, was sie anfällig für Eigentümerwechsel und unklare Mietperspektiven macht. Gleichzeitig erleben Träger, dass ihre vorhandenen Räume der steigenden Nachfrage an Raumnutzungen nicht mehr gerecht werden. Angesichts der steigenden Preise und zunehmenden Kommerzialisierung Dritter Orte (Orte an denen Menschen ihre Freizeit verbringen) nutzen viele Menschen die Stadtteilzentren, weil der Zugang dort nicht mit Zwang zum (kostenpflichtigen) Konsum verbunden ist. Um ihre Standorte langfristig abzusichern, beginnen einige Träger daher die Projektimmobilien zu kaufen.

Zudem belasten steigende Neubau- und Mietkosten das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren und die Träger langfristig, da mit den Projektfördermitteln sowohl Mieten als auch Personal finanziert werden müssen. Hohe Neubaukosten führen dabei unmittelbar zu höheren Mieten für die Stadtteilzentren. Damit die Stadtteilzentren trotz steigender Miet- und Betriebskosten ihre Leistungen aufrechterhalten können, sind kontinuierliche Aufstockungen des Programmbudgets erforderlich; nur so lässt sich der Status quo sichern.

Temporäre Standorte und Zwischennutzungen bieten kurzfristig die Möglichkeit, soziale Angebote frühzeitig in den Kiezen zu verankern. Sie erhöhen jedoch den organisatorischen Aufwand und erfordern flexible Abläufe, um die Angebote wirksam bereitzustellen.

Die Mehrfachnutzung von Räumen wird zunehmend als Lösungsansatz eingesetzt: Verschiedene soziale Angebote teilen sich ein Gebäude, was Ressourcen effizienter einsetzt und Kooperation fördert. Gleichzeitig ist die Mehrfachnutzung aber mit höheren Anforderungen an Planung, Kommunikation und Personal verbunden. Sie kann die Herausforderungen der Projektimmobilien teilweise abmildern, löst jedoch nicht die strukturellen Probleme steigender Kosten und begrenzter Flächen.

Insgesamt zeigt sich: Die Sicherung geeigneter Immobilien, der Umgang mit Eigentümerwechseln, die Raumknappheit und die langfristige Finanzierbarkeit sind zentrale Fragen für die Zukunft der Stadtteilzentren. Um den Ausbau sozialer Infrastruktur nachhaltig

zu gewährleisten, müssen Politik und Verwaltung strategische Lösungen entwickeln, etwa durch andere Finanzierungsmodelle, kontinuierliches Wachstum des Förderbudgets und gezielte Planung bei der Mehrfachnutzung von Räumen.

Weiterführende Informationen:

- Mehrfachnutzung (MFN) sozialer Infrastrukturen

Verbesserung der Sichtbarkeit und des Zugangs zu Informationen

Mit dem starken Wachstum der Stadtteilzentren und der zunehmenden Vielfalt sozialer Angebote steigen auch die Anforderungen an Informationsbereitstellung und Kommunikation. Trägerfragen und Anliegen der Öffentlichkeit wurden bisher überwiegend über Telefonate oder E-Mails bearbeitet – ein Ansatz, der bei der wachsenden Anzahl von Einrichtungen und dem unveränderten Personalaufwand zunehmend an seine Grenzen stößt. Unterschiedliche Informationsstände führten dabei häufig zu Verzögerungen, Doppelarbeit und ungleichen Zugängen zu relevanten Daten.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, die Informationen bündeln und zentral verfügbar machen. Dazu gehören die überarbeitete Projektübersicht der Stadtteilzentren mit dynamischer Webkarte, die Einführung einer zentralen Datenbank, der Wegweiser für Träger als strukturierte Informationsplattform und die neue digitale Plattform „Soziales Berlin“, die allen Nutzer*innen einen transparenten, einheitlichen Zugriff auf relevante Angebote ermöglicht.

Diese Schritte stärken die Sichtbarkeit der Stadtteilzentren, verbessern die Zugänglichkeit von Informationen und schaffen eine verlässliche, zukunftsfähige Grundlage für die Projektsteuerung, die überbezirkliche Planung und die Kommunikation mit Trägern, Politik und Öffentlichkeit.

Überarbeitete Projektübersicht der Stadtteilzentren

Die Projektübersicht der Stadtteilzentren wurde grundlegend überarbeitet und bietet nun eine moderne, nutzerfreundliche Darstellung der geförderten Einrichtungen in Berlin. Alle Stadtteilzentren sind ab sofort in einer dynamischen Webkarte verzeichnet und können gezielt nach verschiedenen Kriterien durchsucht und gefiltert werden. Zusätzlich steht der gesamte Datensatz zum Download bereit.

Jede Einrichtung wird mit einem Profilbild (sofern vorhanden), einem kurzen Beschreibungstext sowie den Kontaktdaten vorgestellt. Über direkte Verlinkungen gelangen Interessierte außerdem schnell zu den jeweiligen Projektwebseiten.

Die technische Aktualisierung war notwendig geworden, zugleich schafft die neue Übersicht ein zeitgemäßes Informationsangebot, das die Vielfalt der Stadtteilzentren sichtbar macht und den Zugang zu den Angeboten erleichtert.

Eine einheitliche Datenbank für die Stadtteilzentren

Mit der Einführung einer zentralen Datenbank wurde eine wichtige Grundlage für die Projektübersicht der Berliner Stadtteilzentren geschaffen. Ziel ist es, alle relevanten Informationen an einem Ort zusammenzuführen – darunter Finanzdaten, Projektdaten (z. B. Angebotsbereiche) sowie Standort- und Trägerdaten.

Bislang existierten zahlreiche, voneinander unabhängige Tabellen mit unterschiedlichen Datenständen. Um eine verlässliche Grundlage zu schaffen, wurden die fehlenden Daten bei den Trägern abgefragt. Ein wesentlicher Meilenstein war zudem die Entwicklung von eindeutigen Standort-IDs, da die bisherigen Geschäftskennzeichen nicht ausreichend differenzierten: In der Regel gibt es mehrere Einrichtungen pro Projekt.

Die Datenbank wird zentral im Fachbereich Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren gepflegt und der Zugriff ist entsprechend gesteuert. Technisch basiert das System auf SQLite, einer schlanken und robusten lokalen Datenbank, die keine eigene Serverumgebung benötigt. Damit sind einfache Handhabung, Konsistenz und Zuverlässigkeit gewährleistet.

Perspektivisch ist geplant, die Datenbank in OpenData und das Geoportal Berlin einzubinden. Ebenso soll sie die Grundlage für künftige Dashboards bilden, die eine bessere Auswertung und Steuerung ermöglichen. Aktuell fehlen dafür allerdings noch die personellen Ressourcen.

Mit dieser Entwicklung wurde ein zentraler Schritt hin zu einheitlichen, transparenten und zukunftsfähigen Datenstrukturen vollzogen – ein Gewinn für die Projektsteuerung ebenso wie für die überbezirkliche Planung im Rahmen der Sozialen Infrastrukturkonzepte (SIKo).

Wegweiser für Träger – zentrale Unterstützung für die Projekte im IFP STZ

Der Wegweiser für Träger ist die zentrale Informationsplattform der Senatsverwaltung für Soziales für Akteur*innen in Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen und der Mobilen Stadtteilarbeit. Er bündelt aktuelle Hinweise, hilfreiche Vorlagen sowie weiterführende Links auf einer verlässlichen, strukturierten Oberfläche.

Die Idee dahinter: Informationen sollen nicht mehr kleinteilig per Telefon oder E-Mail weitergegeben werden, was oft nicht alle Träger erreichte und zu unterschiedlichen Informationsständen führte. Stattdessen bietet der Wegweiser allen Trägern einen gemeinsamen, transparenten Zugang zu denselben aktuellen Informationen und trägt so zu einer besseren, einheitlichen Kommunikation bei.

Ausblick: Launch der Plattform „Soziales Berlin“

Seit dem 19. Juni 2025 bietet die digitale Plattform Soziales Berlin einen zentralen Zugang zu über 258 geförderten sozialen Angeboten in der Hauptstadt – von Beratung über Begegnung bis hin zu Unterstützungsleistungen. Nutzer*innen können gezielt nach Themen, Zielgruppen, Angebotsarten oder Bezirken filtern, sodass schnelle und passgenaue Hilfe möglich ist. Auch die Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen sind hier gebündelt zu finden. Sozialsenatorin Kiziltepe betont, dass erstmals eine für alle Menschen zugängliche Übersicht der sozialen Angebote in Berlin geschaffen wurde. Diese wird kontinuierlich erweitert.

Fazit und Ausblick

Die vorangegangenen Artikel haben zentrale Entwicklungen und Lernprozesse des Berichtszeitraums 2023–2024 beleuchtet: wie Stadtteilzentren auf multiple Krisen reagiert haben, wie das Netzwerk der Wärme nachhaltige Strukturen hinterlassen hat, welche Herausforderungen die Situation auf dem Immobilienmarkt mit sich bringt, wie neue Planungsrichtwerte die Stadtteilarbeit erstmals verlässlich in der Stadtentwicklung verankern und wie neue digitale Angebote die Sichtbarkeit der Einrichtungen stärken. Nicht zuletzt zeigt die Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Berichterstattung, wie das Programm selbst lernt und sich weiterentwickelt. Im abschließenden Kapitel zieht der Fachbereich IFP STZ der SenASGIVA als Berichtersteller sein Fazit und blickt auf die Herausforderungen und Chancen der kommenden Jahre. Ergänzend dokumentiert dieses Kapitel die eigenständige Einschätzung der LIGA Berlin als Kooperationspartnerin des Programms.

Fazit

Die Besonderheit der Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen liegt in ihrer Doppelrolle: Einerseits stellen sie niedrigschwellige Orte der Begegnung, Unterstützung und Teilhabe dar. Andererseits sind sie zivilgesellschaftlich unabhängige Impulsgeber für Kooperation, sozialraumorientierte Entwicklung und bürgerschaftliches Engagement. Sie agieren damit als Brücken zwischen Verwaltung, organisierter Wohlfahrtspflege und den Lebenswelten der Nachbarschaften.

Dieses Selbstverständnis verlangt – und ermöglicht – eine kontinuierliche Weiterentwicklung der fachlichen Professionalität sowie die Fähigkeit, soziale Veränderungen frühzeitig zu erfassen und gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort zu gestalten, vergleichbar mit einem Seismografen im Sozialraum. Dies macht Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen zu Trägern relevanter sozialer Dienstleistungen wie auch zu wichtigen Partnern bei der Umsetzung kommunaler Wirkungs- und Beteiligungsziele.

Das Land Berlin erkennt die Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen als wesentlichen Bestandteil einer lebendigen demokratischen Infrastruktur an. Die Jahre 2025 und 2026 bieten die Chance, die dargestellte Doppelrolle weiter zu schärfen und Grundlagen zu schaffen, die es ermöglichen, auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen flexibel,

vernetzt und wirksam zu reagieren. Gemeinsam mit den vielen engagierten Fachkräften, Ehrenamtlichen, Trägern und Partnerinstitutionen wird so ein Beitrag befördert, der die Stadt lebenswert, solidarisch und entwicklungsfähig gestaltet.

Ausblick

Im Förderzeitraum 2025/2026 stehen Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen im Fokus einer vertieften qualitativen Weiterentwicklung. Aufbauend auf den im Zeitraum 2023/2024 erprobten und vernetzten Ansätzen werden zentrale Elemente der Stadtteilarbeit – wie die Mobile Stadtteilarbeit, verbindliche fachliche Standards sowie die Weiterentwicklung bedarfsorientierter Richtwerte – stärker miteinander verknüpft. Dies in Abstimmung mit den politischen Zielsetzungen zur Förderung sozialer Teilhabe, Demokratieförderung sowie sozialraumorientierter Stadtteilarbeit.

Das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) soll gestärkt, neue Einrichtungsstandorte etabliert und zu einem integrierten Baustein gesamtstädtischer sozialer Daseinsvorsorge ausgebaut werden. Dies schließt die weitere Operationalisierung des IFP STZ durch den sukzessiven Abschluss bezirklicher Kooperationsvereinbarungen ein.

Die Verhandlungen zum 4. Rahmenfördervertrag (Zeitraum 2025 bis 2030), dessen Bestandteil das IFP STZ auch weiterhin bleiben soll, bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Stadtteil-, Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit. Mit der Unterzeichnung des 4. Rahmenfördervertrages am 19.12.2025 verpflichtet sich das Land Berlin, die soziale Infrastruktur für die nächsten fünf Jahre zu unterstützen. Dies ermöglicht auch die Stabilisierung des IFP STZ.

Die kommenden Jahre werden für die Einrichtungen der Stadtteilarbeit von mehreren strategischen Herausforderungen geprägt sein:

- Soziale und demografische Komplexität: Wachsende Bedarfe in Nachbarschaften – Stichwort Einsamkeit, Integration, Teilhabe, Gesundheitsbelastungen oder Altersstrukturen – erfordern passgenaue Interventionen. Zudem sind zunehmende heterogene Bedarfe der Bewohnerschaft, insbesondere mit Blick auf soziale Ungleichheit, Einsamkeit, psychische Belastungen und demografische Veränderungen zu erwarten.
- Ressourcen- und Fachkräftethematik: Der steigende Umfang an Koordinations-, Beratungs- und Beteiligungsaufgaben steht häufig im Spannungsverhältnis zu unsicheren

Personal- und Finanzstrukturen. Häufig müssen Beteiligung, Vernetzung und sozialräumliche Steuerung ohne entsprechende personelle oder strukturelle Ressourcen bewältigt werden.

- Digitalisierung und hybride Zugänge: Verwaltung und Träger sind gefordert, digitale Beteiligungs-, Angebots- und Steuerungsformate zu entwickeln und strukturell zu verankern.
- Qualitätssicherung und Wirkungsorientierung: Die weitere Ausarbeitung fachlicher Standards, Entwicklungsziele und Indikatoren ist notwendig, um Planbarkeit zu erhöhen, vergleichbare Arbeitsrahmen zu schaffen und Transparenz über den Nutzen der Förderung zu sichern. Wirkung muss sichtbar werden und lokale Modellansätze müssen übertragbar gestalten werden.

Die Weiterentwicklung des IFP STZ in den kommenden Jahren nimmt die nachhaltige Stärkung der sozialen Infrastruktur, die soziale Kohäsion in den Sozialräumen sowie die Handlungsfähigkeit der Akteur*innen in den Fokus. Der Ausbau der Fachberatung, die Weiterentwicklung der Mobilen Stadtteilarbeit, die Vereinbarung weiterführender Qualitäts- und Wirkungskriterien und eine vertiefte Kooperation mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände und den Bezirken sind hierfür zentrale Hebel.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des IFP STZ steht die Umsetzung quantitativer Planungsrichtwerte für die Stadtteilarbeit. Mit Beginn des Haushaltsjahres 2028/2029 soll der ermittelte Bedarf an Stadtteileinrichtungen auf gesamtstädtischer Ebene (Prognoseräume) abgebildet werden. Ergänzend und auf diese Grundstruktur aufbauend ist gemeinsam mit den Bezirken eine Fachplanung für weitere Bezirksregionen zu entwickeln. Mit vielen Bezirken gibt es hierzu bereits entsprechende Kooperationsvereinbarungen.

Zur Sicherung komplementärer gesamtstädtischer Fördermöglichkeiten auch auf Ebene der Bezirksregionen sollen mit allen Bezirken Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen werden. Sofern dies umfassend gelingt, ist langfristig der Abschluss eines gesamtstädtisch übergreifenden Rahmenfördervertrages zwischen der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung, den Wohlfahrtsverbänden und den Bezirken denkbar, der eine Weitergabe von Fördermitteln im Wege der Auftragswirtschaft zur sozialraumbezogenen Steuerung in den Blick nimmt.

Die politischen Gegebenheiten werden in den nächsten Jahren zeigen, ob die vorgenannten fachlichen Ziele zur Sicherung der Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen und deren qualitative Begleitung umgesetzt werden können. Dabei wird die verlässliche und wirkungsorientierte Umsetzung sozialer Daseinsvorsorge mit Hilfe des IFP STZ übergreifendes Ziel bleiben. Nur so können Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen Motoren lokaler Demokratie, sozialer Teilhabe und gemeinschaftlicher Resilienz bleiben.

Weiterführende Informationen:

- [4. Rahmenfördervertrag](#)

Ergänzende Einschätzung der LIGA Berlin

Beitrag der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin, gemäß den in „Standards der Berichterstattung“ festgelegten Vorgaben des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.

Die Jahre 2023/24 waren für die Berliner Stadtteilzentren eine Zeit der Bewährung und des Zusammenhalts. Der dritte Rahmenfördervertrag (2021-2025) hat sich als mehr als ein bloßes Finanzierungsinstrument erwiesen: Er war ein Verlässlichkeitspakt in einer Zeit multipler gesellschaftlicher Krisen. Trotz Energiekrise, Inflation, dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und der damit einhergehenden Fluchtbewegungen blieben die Stadtteilzentren Orte der Begegnung und des sozialen Zusammenhalts – getragen von engagierten Fachkräften, Ehrenamtlichen und Nachbar*innen. Die Erfahrungen auch der Jahre 2023/24 zeigen eindrucksvoll, dass soziale Infrastruktur – insbesondere Stadtteilarbeit und mobile Stadtteilarbeit – ein unverzichtbarer Bestandteil urbaner Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gesellschaftliche Resilienz ist.

Die finanzielle Absicherung und der Ausbau der Stadtteilzentren wurden konsequent vorangetrieben. Die Mittel für das IFP STZ wurden deutlich erhöht – von 9,2 Millionen Euro (2021) auf rund 20 Millionen Euro (2024). Damit können Berlinerinnen und Berliner 48 Stadtteilzentren, 12 Nachbarschaftstreffpunkte, 13 Selbsthilfekontaktstellen und die Angebote der 37 Teams der mobilen Stadtteilarbeit nutzen. Zudem konnten durch die strategische Verknüpfung weiterer Fördermittel u. a. aus der EFRE-Finanzierung, der ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative oder dem Netzwerk der Wärme weitere nachbarschaftliche Projekte entwickelt werden. Die Verzahnung von sozialer Stadtteilarbeit, Engagementförderung, Nachbarschaftseinrichtungen und Selbsthilfekontaktstellen wurde gestärkt und Stadtteilzentren als Orte des freiwilligen Engagements, der Partizipation im Sozialraum und der Inklusion weiterentwickelt.

Auch strukturell und inhaltlich gab es wichtige Fortschritte: Das Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“ wurde aufgebaut und umfasst inzwischen rund 30 Projekte in allen Bezirken. Die Angebotsstruktur wurde bedarfsorientiert und niedrigschwellig weiterentwickelt, und übergreifende Projekte unterstützen die fachliche Entwicklung der Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit sowie das freiwillige Engagement. Die Kooperation zwischen dem Land Berlin und den Wohlfahrtsverbänden wurde gestärkt und erfolgt auf Augenhöhe – das ist ein hohes Gut! Die finanzielle Grundsicherung und die kontinuierliche gemeinsame und an den

Bedarfen orientierte Weiterentwicklung der Angebote sind zentrale Bestandteile des Erfolgs des Vertrags. Die wachsende Anzahl der bezirklichen Kooperationsvereinbarungen in der Stadtteilarbeit erhöht den Wirkungskreis der Stadtteilarbeit und die Zusammenarbeit mit den Berliner Bezirken.

Ausblick

Der Rahmenfördervertrag bleibt unverzichtbar, um die soziale Infrastruktur Berlins stabil, zukunftsfähig und bedarfsgerecht zu gestalten. Er schafft Planungssicherheit, fördert Qualität und Innovation und ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Teilhabe. Die letzten Jahre haben gezeigt: Nur dort, wo Begegnung möglich ist, bleibt Demokratie lebendig. Der neue Rahmenfördervertrag ab 2026 muss daher nicht nur Fortsetzung, sondern auch Weiterentwicklung bedeuten.

Die nächsten Jahre stehen im Zeichen der Stärkung der mobilen und quartiersübergreifenden Arbeit, der Schaffung verlässlicher Versorgungsrichtwerte für alle Bezirke sowie des Ausbaus digitaler und partizipativer Formate. Investitionen in die Fachkräftesicherung und die Engagementförderung werden ebenso notwendig sein wie die Weiterentwicklung der Wirkungsorientierung und Qualitätssicherung. Ziel bleibt eine resiliente, solidarische Stadtgesellschaft, die auch künftige Krisen gemeinsam trägt.

Die LIGA Berlin sieht sich in der Verantwortung, diesen Weg aktiv und konstruktiv zu begleiten – mit einem klaren Fokus auf die Sicherung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren als Orte der Gemeinschaft, Teilhabe und Innovation. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern und das Fundament für eine lebendige, demokratische und solidarische Stadtgesellschaft legen.

Anhang

1. Finanztabelle (IFP STZ)

Vertragsjahr	2021	2022	2023	2024	2025
Planungs- summe	9.193.000 €	9.672.000 €	13.614.000 €	16.901.000 €	20.198.000 €
Tatsächliche Ausgabe	9.106.085 €	9.583.186 €	14.636.153 €	17.317.668 €	20.342.673, 71 €

2. Neue Standorte

2023:

- Stadtteilzentrum Ulme35
- Nachbarschaftszentrum RuDi
- Stadtteilzentrum Biesdorf
- Nachbarschaftstreff im Olof-Palme-Zentrum
- Stadtteil- und Familienzentrum - Zukunftshaus Wedding
- Nachbarschaftszentrum Amtshaus Buchholz
- Stadtteilzentrum KulturMarktHalle
- Stadtteilzentrum Kladow
- Nachbarschaftshaus Wannseebahn
- Nachbarschaftshaus Markus
- Stadtteilzentrum für Alt Treptow und Plänterwald
- Stadtteilzentrum Marie-Li Marienfelde
- Kieztreff Thermometersiedlung
- Bona Peiser Sozio-kulturelle Projekträume
- Stadtteilzentrum Kölnische Heide "mittendrin"
- Staakentreff Brunsbütteler Damm
- Stadtteilzentrum im Ribbeck-Haus
- Stephans - Der Nachbarschaftsladen
- Nachbarschaftszentrum Bornhagenweg
- Stadtteilzentrum Hellersdorfer Terrassen

- Stadtteilzentrum Friedrichsfelde
- Jugend- und Nachbarschaftszentrum Auguste-Viktoria-Allee
- Stadtteilzentrum Kiezbegegnung und Teilbar
- Nachbarschaftsbüro
- Stadtteilzentrum Welsekiosk
- Kiezladen WaMa

2024:

- Haus der Nachbarschaft
- Stadtteilzentrum Wassertor
- Mobile Stadtteilarbeit in Kooperation mit Stadtteilzentrum Hellersdorf-Ost
- Klub 74 Nachbarschaftszentrum (Stadtteilzentrum Hellersdorf-Süd)
- Kieztreff Leipziger Straße
- Stadtteilzentrum Borsigwalde
- Stadtteiltreff Lettekiez

Standards der Berichterstattung

Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat folgende Standards zur Berichterstattung des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren beschlossen:

1. Turnus und Zeitrahmen

- Zwei Berichte müssen während der Laufzeit des 3. Rahmenfördervertrags erstellt werden.
- Berichtsjahre: 2021/2022 und 2023/2024.

2. Gestaltung

- Der Bericht muss im Corporate Design der Berliner Verwaltung erstellt werden.

3. Grundlagen der Berichterstattung

Der Bericht soll die folgenden Kernbereiche abdecken:

- Arbeits- und Finanzplanung
- Daten aus dem Förderverfahren (z. B. Mittelverwendung, Projektdurchführung)
- Statistische Daten zum jeweiligen Angebotsbereich (z. B. Nutzung, Teilnehmerzahlen)

4. Inhalte und Schwerpunkte

Der Bericht sollte die folgenden Inhalte und Schwerpunkte enthalten:

- Zusammenfassende Darstellung der Programmziele: Eine prägnante Darstellung der Ziele des Programms sowie der Steuerung und Wirkung der Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit unter Beachtung der geltenden Rahmenbedingungen.
- Einschluss von Schwerpunktthemen: Dazu zählen besonders relevante Themen wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie und das Engagement von Freiwilligen.
- Fokus auf gesamtstädtische Perspektive: Der Bericht sollte nicht nur lokal, sondern auch den gesamtstädtischen Charakter des Programms berücksichtigen.

5. Gemeinsame Berichterstattung

- Etablierung des Berichtswesens: Das Berichtswesen sollte in die Arbeitsplanung des Kooperationsgremiums integriert werden.
- Eigenständige Beiträge der LIGA: Die LIGA sollte eigene Beiträge zu Best Practice Beispielen leisten und dabei die festgelegten Berichtsschwerpunkte einbeziehen.
- Gemeinsamer Ausblick: In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Soziales sollte ein Ausblick zur gesamtstädtischen Entwicklung erstellt werden.

6. Veröffentlichung

- Der Bericht muss nach Erstellung dem Hauptausschuss vorgelegt und zeitnah veröffentlicht werden.
- Zusätzlich wird der Bericht auf der Homepage der Senatsverwaltung veröffentlicht.

Ergänzende Hinweise:

- Die Berichte werden dem Hauptausschuss nach ihrer Erstellung zeitnah vorgelegt.
- Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat an der Erstellung dieser Vorlage mitgewirkt.

Impressum

Herausgeber

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Oranienstraße 106

10969 Berlin

Tel.: (030) 9028-0

Website: www.berlin.de/sen/asgiva

Fachlicher Ansprechpartner

Herr Machura

Tel.: (030) 9028 1715

E-Mail: Stadtteilzentren@SenASGIVA.berlin.de

Website: <https://www.berlin.de/sen/soziales/buergerschaftliches-engagement/stadtteilzentren/>

KI-Disclaimer

Bei der Erstellung dieses Berichts wurden Large Language Models (BärGPT, ChatGPT, Claude) unterstützend eingesetzt – u. a. für redaktionelle Bearbeitung, Layout und die technische Aufbereitung des Dokuments. Alle Inhalte wurden redaktionell geprüft und verantwortet durch den Fachbereich IFP STZ. Es wurden keine personenbezogenen oder vertraulichen Daten an die eingesetzten KI-Systeme übermittelt, die nicht bereits Teil des öffentlich vorgesehenen Berichtsinhalts waren.

Stand

30.7.2026